

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementsspreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mr.; durch die Post bezogen monatlich 1,60 Mr., vierteljährlich 4,50 Mr. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinserate werden nicht aufgenommen.



Berantwortlich für die Redaktion: Joh. Leimpeters; Druck: H. Hanßmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter
Deutschlands, fämllich in Bochum, Wiemelhäuser Straße 38—42. Telephon-Ara. 98 u. 89. Teleg.-Abr.: Altverband Bochum.

Zur bevorstehenden Generalversammlung des Bochumer Knappfschaftsvereins.

Am 11. Oktober findet eine außerordentliche Generalversammlung des Bochumer Knappschaftsvereins statt zum Zwecke der Satzungsänderung. Diese hat sich notwendig gemacht, weil die Reichsversicherungsordnung auch verschiedentlich in das sonst landesrechtlich geregelte Knappschaftswesen eingegriffen hat, wodurch die Bundesstaaten genötigt waren, ihre Knappschaftsgesetze zu ändern.

Was wird die bevorstehende Generalversammlung den Mitgliedern des Bochumer Knappschaftsbereins bringen? Werden endlich zeitgenössische Reformen des Knappschaftswesens in dem größten deutschen Knappschaftsberein herbeigeführt werden? Auf diese Fragen lassen sich heute noch keine präzisen Antworten geben. Der Verlauf der früheren Generalversammlungen, in denen sich die Werksvertreter stets brüsk ablehnend den Arbeitersforderungen gegenüber verhielten, berechtigt gerade nicht zu großen Hoffnungen.

Wisher liegt ein von der Verwaltung ausgearbeiteter Satzungsentwurf vor, in dem nur die durch die Reichsversicherungsordnung und das Knappelschaftsgesetz zwingend vorgeschriebenen Änderungen Aufnahme gefunden haben. Materielle Vorteile für die Mitglieder enthält dieser Entwurf keine. Der Satzungsentwurf enthält auch keine Verschlechterungen des bisherigen Zustandes, im Gegenteil, hier und da ist eine kleine Verbesserung des jetzigen Zustandes zu verzeichnen. Von einer Aufbesserung der sehr aufbesserungsbedürftigen Bezüge der Mitglieder ist darin aber keine Rede.

Die Knabpschaftssätesten der verschiedenen Richtungen haben wieder Anträge zum Säzungsentwurf gestellt, welche zumeist den zu früheren Generalversammlungen gestellten entsprechen; es erübrigt sich daher, hier vorläufig näher auf dieselben einzugehen, da wir später doch genötigt werden, die eine oder andere der Forderungen eingehender zu besprechen. Wichtiger als das Stellen der Anträge ist die Frage, welches Schicksal diesen Anträgen beschieden sein wird.

Die bevorstehende Generalversammlung wird höchstwahrscheinlich wieder einmal den Beweis dafür erbringen, wie schwer bei der Beschlussfassung über die Reichsversicherungsordnung an den Interessen der Bergarbeiter (und der Arbeiter überhaupt) gesündigt worden ist. Denn einmal ist durch den Eingriff der Reichsversicherungsordnung in das Knappenschaftsweisen die Verfassung der Knappenschaftsvereine nicht berührt worden, zum andern hat es die Reichsversicherungsordnung auch unterlassen, den Knappenschaftsvereinen vorzuschreiben, daß sie ihre Leistungen an die Mitglieder den Zeitverhältnissen anzupassen haben. Alles ist der Säzung überlassen. In diese „Kann“ allerdings von wegen der Reichsversicherungsordnung sehr viel aufgenommen werden; aber was nützt den Knappenschaftsmitgliedern alles das, was in die Säzung aufgenommen werden „Kann“, wenn es doch nicht darin aufgenommen wird? Nach der Verfassung der Knappenschaftsvereine könnten nicht zwingend vorgeschriebene Reformen nur herbeigeführt werden, wenn und so weit die Werksbesitzer solchen zustimmen. Auch ein noch so einiges und geschlossenes Vorgehen aller Knappenschaftältesten in der Generalversammlung ist nicht imstande, den Werksbesitzern etwas abzwingen, wenn diese sich nichts abzwingen lassen.

Das ist zwar eine allgemein bekannte Tatsache, aber sie muß immer wieder hervorgehoben werden angesichts des unehrlichen Verhaltens des „christlichen“ Gewerksvereins. Noch fürzlich wurde im „Bergknappen“ der Versuch gemacht, die Verbandsältesten dafür verantwortlich zu machen, daß seit dem Jahre 1907 keine Verbesserungen auf Knappshaftlichem Gebiete erzielt worden sind. Der „Bergknappe“ hat allerdings vergessen zu erwähnen, daß die „Christlichen“, als der weitauß größte Teil der Ruhrbergleute auch um Verbesserung des Knappshaftswesens kämpfte, den Streikbruch organisierten und einen „schönen Sieg“ errangen. Wirkliche, durchgreifende Knappshaftreformen werden, wie die Verhältnisse hier liegen, kaum jemals durch friedliche Verhandlungen zwischen den Arbeitervertretern und den Werksherren herbeigeführt werden, sondern zu deren Herbeiführung bedarf es bestimmter gesetzgeberischer Eingriffe, und wenn die Gesetzgebung versagt, muß die Macht entscheiden.

Durch einen gesetzgeberischen Eingriff den Streit zwischen den beiden interessierten Gruppen zu schlichten, das war bei der Beschlusffassung über die Reichsverfassungsortordnung Gelegenheit geboten. Es bestand damals auch die Möglichkeit, etwas Gutes zu schaffen, wenn die Partei, welche von "Arbeiterfreundlichkeit" geradezu triest, das Zentrum, nicht die Arbeiterinteressen mit führen getreten hätte. Wenn das Zentrum so arbeiterfreundlich wäre, als es sich den Anschein gibt, dann könnte es mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und einigen Freunden gesunder Sozialreform aus anderen bürgerlichen Parteien eine Reichstagsmehrheit bilden und alles das zum Gesetz erheben, worum heute gesellschaftlich und gestritten werden muß und was schließlich doch nicht verwirkt wird.

In seiner Petition zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung hat der Vorstand unseres Verbandes besonders der Ortsverein Kaffhausen gefordert:

- unglich der Krankenkassen u. a. gefordert:

 1. Erhöhung des Grundlohnes zur Berechnung des Krankengeldes.
 2. Krankengeld in Höhe von drei Vierteln des Arbeitslohnes und Beseitigung der drei Karentielage bei solchen Krankheiten, die durch Unfall hervorgerufen würden, länger als zwei Wochen dauern oder zum Tode führen.
 3. Im Falle der Krankenhausbehandlung des Ernährers Ungehörigenunterstützung im Betrage des vollen Krankengeldes.

4. Gewährung von freier Kur und Arznei den nicht selbstversicherten Familienangehörigen der Knappschaftsmitglieder; ferner Gewährung von Sterbegeld beim Tode von Ehefrauen und Kindern der Mitglieder.

Bezüglich der Pensionskassen forderte die Petition unter anderem:

1. Abschaffung der Vorrechte der Unternehmer in den Verwaltungen der Genossenschaftskassen.
 2. Sicherung der Berufsunvalidität, damit man in der Gruppe abgearbeiteten Bergleuten nicht die Pension verweigern kann, weil sie über Tage noch leichte Arbeit verrichten können.
 3. Zeitgemäße Erhöhung der Invaliden- und Witwenpensionen. Die Invalidenpensionen sollten so gestaffelt werden, dass sie bei 25jähriger Dienstzeit mindestens die Hälfte des Bruttolohnes betragen. Die Witwenpension sollte zwei Drittel der Invalidenpension betragen.
 4. Erhöhung der Erziehungsbeihilfe für die Kinder der lebenden Invaliden und der gestorbenen Mitglieder und Invaliden. Diese sollte betragen für die Kinder der lebenden Invaliden für jedes Kind unter 15 Jahren 4 M., für Halbwaisen 6 M. und für Vollwaisen 12 M. monatlich.
 5. Verbot der Aufrechnung von reichsgesetzlichen und anderen Renten und Pensionen auf die Genossenschaftsleistungen.

Diese Forderungen haben wir also zur Reichsversicherungsordnung erhoben und dafür konnte mit dem Zentrum und den „christlichen“ Arbeiterabgeordneten“, den Giesberts, Behrens e.tutti quanti eine Mehrheit im Reichstage geschaffen werden. Über dort sind diese Forderungen mit Zustimmung des „christlichen“ Gewerkvereins auch von Giesberts, Behrens usw. abgelehnt worden. Die „Christen“ „bewiesen“ sogar, daß die Forderungen gar nicht erfüllbar wären wegen der großen Kosten, welche durch deren Erfüllung verursacht würden.

Heute stellen die „Christen“ wieder dieselben Forderungen zum Sabungsentwurf und wollen „eine gemeinsame Kampfesfront aller Altesten“ bilden, um in der Generalversammlung des Senappelsvereins das im Sturm zu erobern, was ihre Vertreter im Parlament mit ihrer Zustimmung abgelehnt haben! Wie oben schon erwähnt, kann auch durch ein noch so geschlossenes Vorgehen der Altesten den Unternehmern nichts abgerungen werden, was sie nicht zugestehen wollen. Darum ist eine „gemeinsame Kampfesfront“ der Altesten weniger wichtig. Wichtiger wäre schon zu wissen, wie sich der „christliche“ Gewerksverein stellen wird, wenn die Forderungen der Altesten von den Werkstvertretern abgelehnt werden. Sind die „Christen“ dann bereit, die Arbeiterforderungen mit dem äußersten gesetzlich zulässigen Mittel, mit der Arbeitseinstellung, durchzusetzen zu versuchen oder würden sie eventuell wie im März 1912 wieder den Streikbruch organisieren, wenn die anderen Organisationen durch Kampf das erzwingen wollten, was die Unternehmer gutwillig nicht gewährten? Auf diese Frage sind die „Christen“ in den langen Phrasengeklingel bezüglich der „Arbeitsgemeinschaft“ noch mit keinem Worte eingegangen. Da sie aber bis in die neueste Zeit hinein ihren Streikbruch für berechtigt erklärt und denselben verteidigen, muss man annehmen, dass sie auch in Zukunft bereit sind, den Streikbruch zu organisieren. Eine „gemeinsame Kampfesfront“ dort, wo es gar nichts zu kämpfen gibt, und Streikbruch dann, wenn es zu kämpfen gilt, wäre aber eine kuriose „Arbeitsgemeinschaft“ für die bestens gedacht wird.

Daß die Bergarbeiterenschaft so uneinig und zerrissen ist, ist tief zu beklagen, aber daran sind wir nicht schuld. Und es ist ganz besonders zu beklagen, daß diese Uneinigkeit und Zerrissenheit auch in mehreren Generalversammlungen des Knappschafsbereins zum Gaudium der Unternehmer sich in der häßlichsten Form gezeigt hat. Das ist aber auch nicht unsere Schuld oder die Schuld der Verbandsältesten. Man kann letzteren nicht zumutcn, sich von Leuten, die noch vor kurzer Zeit, als sie im Kampfe standen, tapfer Streikbruch verübt hatten, als Unternehmerknechte beschimpfen zu lassen. Wir wünschen und hoffen, daß sich derartige unliebsame Vorkommnisse nicht wiederholen. Und zweitens liegt es an den Verbandsältesten, wird alles geschehen, um solche Auftritte zu vermeiden. Allerdings werden sich die Verbandsältesten auch in Zukunft nicht beschimpfen lassen.

Zu einem Streit der Knabpschaftsältesten in einer Generalversammlung des Knabpschaftsvereins liegt auch kein Anlaß vor. Die Erfüllung der Forderungen, welche seitens der Ältesten der einzelnen Gruppen gestellt werden und zur jetzigen Generalversammlung gestellt worden sind, wird, soweit sie materielle Vorteile für die Knabpschaftsmitglieder verlangen, sehr gewünscht. Es schadet auch gar nichts, wenn die eine oder andere Richtung weniger weitgehende Forderungen stellt als eine andere; ja, das ist sogar notwendig, um den Werksvertretern den Einwand zu nehmen, es würden so viele und so weit gehende Forderungen gestellt, die sie nicht erfüllen könnten. Wollen sie die weitgehendsten Anträge nicht annehmen, so mögen sie doch die mäßigeren einer anderen Gruppe bewilligen.

Die Altesten dagegen müssen zunächst geöffnet werden für die weitgehenden Anträge stimmen, sind diese nicht durchzubringen, müssen sie sich ebenso geschlossen auf die weniger weitgehenden zurückziehen, um durchzusehen, was nur durchgesetzt werden kann. Wird so von den Altesten verfahren, dann liegt zu Streitigkeiten unter ihnen gar kein Anlaß vor.

mögen sich die den anderen Organisationen angehörenden Testen — und besonders die „christlichen“ — diesem Vorgehen anschließen, und die „einheitliche Kampfesfront“ gegen die Werksvertreter ist geschaffen, dann ist die „Arbeitsgemeinschaft“ auf knappsfachlichem Gebiete hergestellt.

Diese „Arbeitsgemeinschaft“ — und das muß immer wieder hervorgehoben werden — verbürgt allerdings noch keinen Erfolg, denn vor dem gesamten Altestenkollegium weichen die Unternehmer keinen Schritt zurück, wenn die hinter diesen Altesten stehenden Organisationen nicht gewillt sind, den Vorbereungen der Altesten mit anderen Mitteln Geltung zu verschaffen. Den Unternehmern darf kein Zweifel darüber gelassen werden, daß die Sache durch ihre Ablehnung der Arbeiterforderungen in der Generalversammlung nicht abgetan ist und daß sie in Zukunft auf Hilfe aus den Reihen der Arbeiter (wie im März 1912) nicht mehr rechnen können. Nur das vermag sie in einem den Arbeitern günstigen Sinne zu beeinflussen. Die Unternehmer in dieser Beziehung aufzuklären und demgemäß zu handeln, ist Sache des „christlichen“ Gewerksvereins.

Geplante Änderung der G.-B. im Bochumer Knappenschaftsverein.

Die Werksbesitzer haben der kommenden Generalversammlung den Vorschlag oder Antrag unterbreitet, den bisherigen Modus, wonach die sämtlichen Knapschaftältesten an den Generalversammlungen teilnehmen, aufzuheben und dafür zu beschließen, daß die künftigen Generalversammlungen sich aus etwa 80 Abgeordneten aus den Ältesten zusammensehen sollten. Diese Abgeordneten sollten von den Ältesten in den einzelnen Kommissionsbezirken aus ihrer Mitte nach dem System der Verhältniswahl gewählt werden, worauf die Unternehmer den Hauptwert legten. Diesem Vorschlag hatte bereits die Reformkommission und auch die Mehrheit unseres Vorstandes zugestimmt, jedoch haben unsere Ältesten denselben in einer Ältestenkongreß mit erheblicher Mehrheit verworfen, und zwar zum Teile, weil sie Gegner der Verhältniswahl sind oder weil sie das alte Recht, an den Generalversammlungen teilzunehmen, nicht preisgeben wollten.

Die Unternehmer machen zur Begründung ihres Vorschlagess geltend, daß die Zahl der Altesten bald an 500 heranreicht, diese aber bekanntlich nur die Hälfte der Generalversammlung repräsentieren, ein solches Parlament viel zu groß zum Verhandeln sei und dazu ganz enorme Uukosten verschlinge, die gespart werden könnten. Wollten die Unternehmer sich genau so stark auf der Generalversammlung vertreten lassen wie die Arbeiter, würde schon heute kaum ein Saal die Generalversammlung fassen und falls sämtliche Teilnehmer durch Neder oder Stellen von Anträgen sich direkt an den Verhandlungen beteiligten, würden die Generalversammlungen schließlich wochenlang dauern. Je mehr aber die Bergarbeiter sich organisierten, um so mehr traten die von den Organisationen aufgestellten, von organisierten Knappschaftsmitgliedern gewählten Altesten in allen Fragen geschlossen auf, vertraten einen einheitlichen Willen und könnte dieser dann ebenso gut von 80 Abgeordneten zum Austrag gebracht werden, als von 500 oder mehr Altesten.

Diese Gründe sind durchaus stichhaltig und werden wir auf die Dauer auch garnicht umhin können, mit dem jetzigen Modus aufzuräumen. Der heutige Apparat ist viel zu schwerfällig und verursacht eine direkte Geldverschwendung. Wächten die Belegschaft noch einige Jahre so weiter wie bisher, muß die Generalversammlung des Bochumer Knappelschaftsvereins im „Schützenhof“ zu Bochum oder in dem großen Saale auf „Friedenbaum“ zu Dortmund tagen, weil kein sonstiger Saal die Teilnehmer fassen kann. Ein wirkliches Verhandeln ist bei der Größe dieses Parlamentes nicht mehr möglich, weil nur die wenigsten Redner über ein so starkes Organ verfügen, eine derartige Massenversammlung zu beherrschen. Ältere Leute können sich unmöglich verständlich machen und doch gilt gerade im Vereinswesen das Urteil erfahrener Personen viel. Der Einwand, daß die Ältesten alte Rechte einbüßten, ist völlig unzutreffend, weil ja die sämtlichen Rechte des heutigen Ältestenkollegiums dann auf die 80 Abgeordneten übergehen, diese 80 genau dasselbe Stimmrecht ausüben, wie heute etwa 500. Gewiß, eine große Zahl der Ältesten hält das Recht ein, persönlich an der Generalversammlung teilzunehmen, aber das persönliche Recht der Ältesten kann in einer solch wichtigen Frage nicht entscheidend sein, sondern das Recht der Allgemeinheit. Dieses spricht gegen den heutigen Modus, denn niemand wird behaupten, daß dieser massenbesuch im Interesse des Knappelschaftsvereins noch der Mit-

Wahlenbesuch im Interesse des Schnappschäftsvereins noch vor Mitglieder liegt und schließlich sind wir doch dazu da, die Interessen des Vereins und der Mitglieder zu wahren. Können die Interessen der Mitglieder durch 80 Abgeordnete genau so gewahrt und die Wünsche und Meinungen genau so vertreten werden, müssen wir für die Verminderung der Vertreterzahl auf den Generalversammlungen eintreten. Dass dies bei 80 Abgeordneten genau so gut geschehen kann wie bei 500, unterliegt keinem Zweifel und so bin ich insoweit mit dem Vorschlag einverstanden, jedoch lehne ich mit aller Entschiedenheit die Verhältniswahl ab und freue mich, dass unsere Nestesten den Vorschlag vorsätzlich verworfen haben. Weil über die Frage, ob Verhältniswahl oder Majoritätswahl, unter uns Meinungsverschiedenheiten bestehen, will ich sie zur Diskussion stellen.

Im Knappeschaftswesen stehen sich keine politischen Parteien, noch konfessionelle oder nationalistische Richtungen, noch verschiedene „Weltanschauungen“ gegenüber, sondern zwei fest umgrenzte Interessengruppen mit den gleichen Bestrebungen. Auf der einen Seite die Werksbesitzer, verbünden durch das gemeinschaftliche Interesse, die Beiträge möglichst niedrig zu halten, auf der anderen Seite die Arbeiter, die unterschiedlos bestrebt sind, hohe Bezüge an Pensionen, Krankengeld usw. zu erhalten. Die Werfsherren bilden von jeher eine geschlossene Interessengemeinschaft und bedürfen der Verhältniswahl nicht. Für die Werksvertretung kommt dieses Wahlsystem garnicht in

Frage, weshalb nun für die Arbeiter? Weil diese so töricht sind und sich von gewissmäßigen Arbeitersplittern und Demagogen gegeneinander ausspielen lassen, weil sie, anstatt in einer Organisation, sich in sechs auseinander und gegenseitig zerstreuen? Darum soll die Verhältniswahl eingeführt werden, damit diese Selbstzerstreuung auch auf den Generalversammlungen im Knappenschaftsverein weiter geführt werden kann! Sechs schon verteilen sich die Altesten auf sechs Organisationen (Verband, Streitbrecherverband, Poln. Berufsvereinigung, S.D. Gewerksverein, Gelben und die „Organisation der Unorganisierten“) und wer kann das für einsehen, dass es schließlich einem Schwindler nicht möglich sein wird, noch einen siebten oder achten Verband zu gründen. Alle diese Organisationen werden dann, sofern sie die Mindestzahl der Stimmen, die auf einer Abgeordneten zu entfallen haben, aufbrachten, an der Generalversammlung teilnehmen und anstatt einem einheitlichen Willen, würde das Durcheinander nur noch größer werden, als es jetzt schon ist. Vor allem muss berücksichtigt werden, dass eine etwaige Rendierung in der Zusammensetzung der Generalversammlung für da unten beschlossen wird, während die allgemeinen Altestenwahlen nur von sechs zu sechs Jahren stattfinden und vor garantiert, dass unsere heutige Zweidrittelmehrheit bei der nächsten Wahl unter Umständen nicht gebrochen werden kann. Für mich steht es außer allem Zweifel, dass schon bei der nächsten Altestenwahl die Gelben und Schwarzwaren, gelben, in geschlossener Koalition gegen uns aufmarschieren; ähnlich wie bei den Krankenkassenwahlen der ganze unorganisierte und gelbe Mischmasch unter der Fahne eines „sozialen Ausschusses“ gegen die organisierten Arbeiter aufmarschiert und nicht selten die Macht der Arbeiter in den Kassenverbänden bricht. Fallen die Wahlen in die Zeiten ungünstiger Konjunkturen, wo die Beamten einen stärkeren Druck auf die Arbeiter ausüben können, muss bei der weitgehenden und jedem bekannten Angst in einer unter den Bergarbeitern bestürzt werden, dass mancher Angsthase seine Stimme für den Kandidaten des Bechenmischmaßes abgibt, der bei anderen Seiten für uns stimmen würde. Haben wir doch erleben müssen, dass 1905, kurz nach dem Streik, bei Nachwahlen sogar Streitbrecher von einer „Organisation“ in Gemeinschaft mit den Bediensteten aufgestellt und von den Mitgliedern auch gewählt wurden, trotzdem sie erst wenige Wochen vorher den schlimmsten Vertrag an ihren Arbeitsbrüdern verübt hatten und sicherlich kein Vertrauen verdienten. Von einer Arbeiterschaft, die sich so leicht lässt, ist alles zu befürchten. Weiter muss damit gerechnet werden, dass nach Einführung der Verhältniswahl für die Abgeordneten zur Generalversammlung unbedingt die Verhältniswahl für die Vorstandswahlen sowie für die allgemeinen Altestenwahlen folgen wird. Es wäre nicht nur inkorrekt, sondern ein logischer Irrtum, die Abgeordneten zur Generalversammlung nach dem System der Verhältniswahl, die Vorstandsmitglieder und Geschäftscomissionen und selbst die Altesten nach dem alten Majoritätsprinzip zu wählen. Erkennt man die Verhältniswahl für die Generalversammlung an, muss man sie auch für alle anderen von der Generalversammlung zu wählenden Körpern anerkennen und es sollte sich auch niemand widerstehen, dass Recht zu, dass sie entsprechend ihrer Stärke auf den Generalversammlungen vertreten sein müssen, muss man den Mitgliedern dieser Organisationen dasselbe Recht einräumen, entsprechend ihrer Stimmenzahl im Generalkollegium der Altesten vertreten zu sein. Es geht doch nicht an den Mitgliedern der gegnerischen Organisationen vorzuhalten, was man der Organisation zusieht und die Unternehmer werden schon die Konsequenzen aus einem solchen Beschluss ziehen und dafür sorgen, dass die „Dummheit“ der „Christen“ von 1907 — wie die Gewerksprese die Ablehnung der Verhältniswahl durch den Gewerksverein bezeichnete — wieder gut gemacht wird. Wer aber den zweiten Schritt nicht will, der hüte sich, den ersten zu tun. Principioblast!

Der Generalstreit der Chartistenbewegung in England.

II.

Im Jahre 1842 hatte sich die Bewegung von den Schlägen wieder erholt. Wir folgen hier dem Verfasser Beer in seiner Schilderung: Der Monat August wird in der Geschichte des Chartismus ewig denkbarlich bleiben. Es war der Monat des Klimaxpunktes der chartistischen Bewegung, der Monat des Generalstreits in den nördlichen Hälften Englands und der Unteroberung der Trade-Unions unter die politische Bewegung. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter erreichte ihren Tiefpunkt. Die Löhne sanken, trotz aller trade-unionsistischen Anstrengungen, sie auf dem Niveau der vorhergegangenen Jahre zu halten. Die Mehrheit der Arbeiter ergriff der Gedanke, dass ihr gewerkschaftliches Wirken nur Stipphusse sei und dass ihr Heil vornehmlich in der Durchsetzung des Volkscharters, der Eroberung der politischen Macht, liege. Chartistische Redner räumten um jene Zeit, ohne Widerspruch zu erregen, in öffentlichen Versammlungen der Trade-Unionsisten erklärten, dass deren Organisationen vollständig versagten, da sie nicht einmal imstande seien, Lohnherabsetzungen vorzubringen.

Der wirtschaftliche Druck in der Arbeiterklasse rief eine verzweigte Stimmung hervor. Am 4. August traten die Arbeiter von Stockbridge in den Streit ein und unter Hochrufen auf den Charter, O'Connor und den Northern Stra zogen sie nach Ashton, wo sie ihre Kollegen in den Streit mitschritten. Von Ort nach Ort zu Ort, marxierend, legten sie überall die Fabrikbetriebe still, die Zahl der marxierenden Arbeiter wuchs zu einer mächtigen Prozession an, die am 9. August auf Manchester konvergierte. Außerhalb der Stadt trat die Militär entgegen, das von Oberst Webb, dem Nachfolger und Gefüngnisgenossen Sir Charles Napier, kommandiert war, in Beleidigung der Truppen befand sich auch ein Magistratsbeamter, der die Aufgabe hatte, im Bedarfsfall die Aufruhrkräfte zu verlesen. Nach Unterhandlungen mit ihm und den Demonstrationsführern, die die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens übernahmen, zog die Prozession in Manchester ein. Hier löste sie sich in Gruppen auf, die von Stadt zu Stadt zogen, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streit zu ermuntern. In den meisten Fällen klossen sich die Arbeiter freiwillig den Streit an. Zwang und Einflussnahme waren in Manchester nur ausnahmsweise nötig. Von Manchester als Mittelpunkt zog sich der Streit strahlenartig nach allen Richtungen fort und umfasste Lancashire, Yorkshire, Warwickshire, Staffordshire, den Tropfberg und griff nach Wales hinüber; gleichzeitig standen auch die schottischen Bergleute im Streit, auch in London, gleichzeitig standen die Chartisten geheime nachtländische Versammlungen ab, um sich auf das Loszuschlagen vorzubereiten. In der zweiten Augustwoche schien sich Daniels Traum verwirklichen zu wollen: die Dampfseile erlitten, die Kraftstühle ruhten, die Höhöfen erloschen, die Bergwerke lagen verlassen da, die Fabrikglocken verkündigten — alle Räder standen still.

Nicht überall indes vollzog sich die Einleitung der Arbeiterferien so friedlich wie in Manchester. In manchen Gegenden wurden die Arbeitsmänner gewaltsam aus den Werkstätten geholt, Fabrikarbeiter und Arbeitsschlafende eingeschlagen, die Jäger der Dampfseile abgeschaut und Widerstand leistende Fabrikarbeiter fächerlich angegriffen. Im großen ganzen jedoch war gewaltloses Vorgehen eine Ausnahme. Zwar wurde geplündert über Eigentum mutwillig gestohlen, Hungernerde und im Bürgerkrieg lehrende Arbeiter, bettelarme proletarische Aufständigen befanden sich während einer Woche im Besitz des reichstrümmernden Mittelpunktes der Textilindustrie, ohne auf den Bergwerken Haussaft gelegt zu haben. Mit Bewunderung hebt die leitende englische Presse diesen Umstand hervor.

Zu Zusammenkünften zwangen Streitenden und Militär kam es in Preston und Bradford, wo zusammen sechs Arbeiter getötet und mehrere verletzt wurden.

Es wird nur geltend gemacht, die Werksherren würden nur unter der Bedingung, dass die Abgeordneten nach der Verhältniswahl gewählt werden, einer Verminderung der Vertreter in den Generalversammlungen zustimmen. Weil die Werksbesitzer die Verhältniswahl wünschen, darum sollen wir sie schließen. Für ihre Vertretung wollen und brauchen sie sie nicht und das sie für die „Mehr“ der Bergarbeiter so „wahrmeinten“, das allein gibt schon zu denken und soll uns zur Vorsicht mahnen. Uns „angeborener Gerechtigkeit“ gezeichnet es wirklich nicht und ehrlosenweis aus Liebe zu den kleinen Verbänden, sondern aus ehrlicher Berechnung, die Arbeitervereinigung dauernd zu breiten. Und nicht allein in der Generalversammlung soll die Einigkeit der Arbeitervertreter gebrochen werden, sondern auch im Vorstand und sie werden uns schon zum zweiten Schritt zwingen, wenn sie uns zum ersten verlocken können. Doch wie den Werksherren aufsteht unsere Position im Bochumer Knappenschaftsverein offen, haben sie wirklich nicht, weder an uns noch an den Mitgliedern verdient, und zum andern glaube ich, dass wir es mit „Gefücht“ auf die Mitglieder auch nicht dürfen. Die große Mehrheit der Knappenschaftsmitglieder hat sich für eine Vertretung und wünscht sicherlich nicht, dass wir von der erkämpften Vertretung, von unserer Stärke auch nur ein Vota preisgeben sollen. Ist es den Unternehmern, wie sie sagen, um eine praktischere Vertretung zu tun, und wünschen sie die Verkleinerung der Generalversammlung, um diese einfacher, verhandlungsfähiger und billiger zu gestalten, kann es ihnen doch gleichgültig sein, ob alle Abgeordneten einer Organisation anwesend oder sich auf sechs verteilen. Im Gegenteil, sie müssen Wert darauf legen, Verhandlungen von Organisation zu Organisation herbeizuführen, denn erst dadurch kommt ein einheitlicher Wille auf beiden Seiten zur Geltung. Über eine Arbeiterorganisation erkennen die Unternehmer nicht an und dieselben Unternehmer, die keine Organisation anerkennen, verlangen im Interesse der „schwächeren Organisationen“ die Verhältniswahl!! Schöner kann wirklich kein Buch den Enten predigen, wie diese Werksherren unseren Knappenschaftsverein.

Ohne Einführung der Verhältniswahl würden die anderen Organisationen keine Abgeordnete zur Generalversammlung bekommen, so dass unser Verband die Generalversammlung ebenso ausschließlich bejeichen würde, wie jetzt den Vorstand. Aber haben wir das nicht von jeher gewollt? Haben wir nicht in allen Sprengeln Kandidaten aufgestellt und dafür agitiert, unsere sämtlichen Kandidaten durchdrücken? Wäre uns das gelungen, berichteten wir längst die Generalversammlung und niemandem würde es eintreffen, freiwillig einige Sprengel abzutreten, damit auch die Gelben und die Streitbrecher ihre Meinung sagen, die Verhandlungen in die Länge ziehen und die Unmöglichkeit unter den Arbeitervertretern weiter schüren könnten. Den Interessen der Knappenschaftsmitglieder wird mit einer derartigen Besplittung nicht gedient und noch weniger eine Entwicklung der Knappenschaftsreform im Sinne unseres Reformprogramms gefördert, weil dann der einheitliche Wille bei der Arbeitervertretung wieder fehlt. Zum Interesse der Mitglieder liegt es, eine geschlossene einheitliche Vertretung zu schaffen, genau so einheitlich wie die Unternehmervertretung von jeher ist und nun, wo wir es in der Hand haben, diese Einheitsvertretung zu schaffen, sollen wir den Unternehmern aufsche oder aus — sehr rasch — Rücksichtnahme gegenüber den schwächeren Organisationen die Besplittung beibehalten! Wer in diesem Fall die Verhältniswahl anerkennt, erkennt damit die Notwendigkeit der Arbeiterzersplittung und die Existenzberechtigung der verschiedenen Verbände an. Ich habe eine solche Notwendigkeit nie anerkannt und die Tatsache, dass mehrere Verbände bestehen, beweist noch lange nicht, dass notwendig wären noch Existenzberechtigt sind, sondern höchstens, dass den Bergarbeitern die nötige Einsicht und Schulung fehlt, sie darum zu leicht das Opfer gebracht, Verfolgungen und Maßregelungen erduldet, um diese Position zu erringen, und nun wir so weit sind, sollen wir aus lauter „Gerechtigkeit“ und voller „Edelmut“ unsere Erzügungskraft in treuer „Freundschaft“ zu unserer Bergbausiedlung zu unserer Bergbaukraft, um zu beweisen, dass die die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können! Das die Werksherren, die sich der „schönen Zeiten“ noch erinnern, wo sie mit den Bechenfreuden — den Kieselfischen — wie der „Bergkappe“ seine eigenen Altesten nannte — die Statuten nach Belieben verschoben, einen solchen Antrag stellen, kann ich verstehen, aber das wir ihm aus Gründen der „Gerechtigkeit“ zustimmen, verstehe ich wirklich nicht. Mehr als 20 Jahre haben wir gekämpft, agitiert, gelitten und gestritten, unzählige und unbeschreibliche Opfer gebracht, Verfolgungen und Maßregelungen erduldet, um diese Position zu erringen, und nun wir so weit sind, sollen wir aus lauter „Gerechtigkeit“ und voller „Edelmut“ unsere Erzügungskraft in treuer „Freundschaft“ zu unserer Bergbaukraft, um zu beweisen, dass die die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können! Das die Werksherren, die sich der „schönen Zeiten“ noch erinnern, wo sie mit den Bechenfreuden — den Kieselfischen — wie der „Bergkappe“ seine eigenen Altesten nannte — die Statuten nach Belieben verschoben, einen solchen Antrag stellen, kann ich verstehen, aber das wir ihm aus Gründen der „Gerechtigkeit“ zustimmen, verstehe ich wirklich nicht. Mehr als 20 Jahre haben wir gekämpft, agitiert, gelitten und gestritten, unzählige und unbeschreibliche Opfer gebracht, Verfolgungen und Maßregelungen erduldet, um diese Position zu erringen, und nun wir so weit sind, sollen wir aus lauter „Gerechtigkeit“ und voller „Edelmut“ unsere Erzügungskraft in treuer „Freundschaft“ zu unserer Bergbaukraft, um zu beweisen, dass die die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Zu keinem anderen Knappenschaftsverein, wo wir in der Minorität sind, hört man weder von den Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können! Das die Werksherren, die sich der „schönen Zeiten“ noch erinnern, wo sie mit den Bechenfreuden — den Kieselfischen — wie der „Bergkappe“ seine eigenen Altesten nannte — die Statuten nach Belieben verschoben, einen solchen Antrag stellen, kann ich verstehen, aber das wir ihm aus Gründen der „Gerechtigkeit“ zustimmen, verstehe ich wirklich nicht. Mehr als 20 Jahre haben wir gekämpft, agitiert, gelitten und gestritten, unzählige und unbeschreibliche Opfer gebracht, Verfolgungen und Maßregelungen erduldet, um diese Position zu erringen, und nun wir so weit sind, sollen wir aus lauter „Gerechtigkeit“ und voller „Edelmut“ unsere Erzügungskraft in treuer „Freundschaft“ zu unserer Bergbaukraft, um zu beweisen, dass die die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Ohne Einführung der Verhältniswahl würden die anderen Organisationen keine Abgeordnete zur Generalversammlung bekommen, so dass unser Verband die Generalversammlung ebenso ausschließlich bejeichen würde, wie jetzt den Vorstand. Aber haben wir das nicht von jeher gewollt? Haben wir nicht in allen Sprengeln Kandidaten aufgestellt und dafür agitiert, unsere sämtlichen Kandidaten durchdrücken? Wäre uns das gelungen, berichteten wir längst die Generalversammlung und niemandem würde es eintreffen, freiwillig einige Sprengel abzutreten, damit auch die Gelben und die Streitbrecher ihre Meinung sagen, die Verhandlungen in die Länge ziehen und die Unmöglichkeit unter den Arbeitervertretern weiter schüren könnten. Den Interessen der Knappenschaftsmitglieder wird mit einer derartigen Besplittung nicht gedient und noch weniger eine Entwicklung der Knappenschaftsreform im Sinne unseres Reformprogramms gefördert, weil dann der einheitliche Wille bei der Arbeitervertretung wieder fehlt. Zum Interesse der Mitglieder liegt es, eine geschlossene einheitliche Vertretung zu schaffen, genau so einheitlich wie die Unternehmervertretung von jeher ist und nun, wo wir es in der Hand haben, diese Einheitsvertretung zu schaffen, sollen wir den Unternehmern aufsche oder aus — sehr rasch — Rücksichtnahme gegenüber den schwächeren Organisationen die Besplittung beibehalten! Wer in diesem Fall die Verhältniswahl anerkennt, erkennt damit die Notwendigkeit der Arbeiterzersplittung und die Existenzberechtigung der verschiedenen Verbände an. Ich habe eine solche Notwendigkeit nie anerkannt und die Tatsache, dass mehrere Verbände bestehen, beweist noch lange nicht, dass notwendig wären noch Existenzberechtigt sind, sondern höchstens, dass den Bergarbeitern die nötige Einsicht und Schulung fehlt, sie darum zu leicht das Opfer gebracht, Verfolgungen und Maßregelungen erduldet, um diese Position zu erringen, und nun wir so weit sind, sollen wir aus lauter „Gerechtigkeit“ und voller „Edelmut“ unsere Erzügungskraft in treuer „Freundschaft“ zu unserer Bergbaukraft, um zu beweisen, dass die die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchführung des politischen Generalstreits wurde wenig gedacht. Zu Seiten des Charters befanden sich die zurückgestoßenen und hinterzogene Abgeordneten, die Generalstreit der Werksvertretern, noch von den Altesten der gegnerischen Organisationen, dass die Verhältniswahl eingeführt werden müsse, um auch unseren Mitgliedern und unserem Verband das entsprechende Vertretungsrecht zu sichern, aber ausgerechnet in demjenigen Verein, wo wir die Zwei-drittelmajorität haben und wo die weitaus besten Zustände herrschen, da soll der Proporz eingeführt werden, damit die anderen Organisationen — mitwirken können!

Am 13. August traten über 100 Deleg

ist es, dieses Werk durchzuführen und dazu brauchen wir die Hilfe von Gelben und Streikbrechern nicht.

Aber selbst wenn die Mehrheit unserer Kesten und unseres Vorstandes das System der Verhältniswahl für das richtige hält — so müssten sie immer noch verlangen, daß die Verhältniswahl für alle preußischen Napoleon'sche Gesetze eingesetzt wird. Auf unsere Anträge hin wird das Dreiklassenparlament eine solche Bestimmung nicht ins Gesetz aufnehmen, wohl aber, wenn es die Wertschreher verlangen. Diese haben über nur im Bochumer Knappelsverein ein Interesse an der Verhältniswahl, um dadurch unseren Einfluss und damit den Einfluss der organisierten Bergarbeiter zu brechen, während die Werksbesitzer aller anderen Vereine aus denselben Gründen ein Interesse an der Erhaltung des Majoritätsprinzips haben. Geben wir nun im Bochumer Knappelsverein den Werksbesitzern die Verhältniswahl, haben sie und auch die Besitzer der anderen Kesten absolut kein Interesse daran, dieses Wahlsystem gesetzlich für alle Vereine einzuführen. Im Gegenteil. Wir sind dann im Bochumer Knappelsverein geschwächt durch die Verhältniswahl, während wir in allen anderen Kesten durch die Majoritätswahl geschwächt werden. Wer Triumpfe hat, soll sie festhalten und nur auspielen, um zu gewinnen; niemals darf er es nutzlos fortwerfen.

Unsere Kesten werden mit der Zeit nicht unbedingt können, einer ganz erheblichen Einschränkung der heutigen Massengeneralversammlung zu stimmen, jedoch warne ich dringend, dem System der Verhältniswahl anzustimmen. Wollen die Unternehmer ihr Interesse der Mitglieder und ohne Hintergedanken und Absichten handeln, wollen sie unnötig ausgewogene Geldopfer sparen, dann werden sie auch dasjenige System annehmen, das wir richtig halten, oder es mag beim alten System bleiben. Wir schreiben den Unternehmern nicht vor, wie sie ihre Vertretung zu wählen haben und lassen uns darum von ihnen auch keine Vorschriften machen, wie die Kesten ihre Abgeordneten wählen sollen. Stimmen wir jetzt den Verhältniswahl zu, binden wir uns eine Rute, die uns später nicht nur manchesmal recht bitter züchten wird, sondern dazu beweisen wird, daß wir in dem Augenblick mit Blindheit geschlagen waren. Wenn auch die Verhältnisse im Knappelsverein ganz anders gelagert sind, wie bei den Ortsräten, so haben doch dort die Verhältniswahlen geradezu abhängig für die organisierten Arbeiter gewirkt. In Städten wie Dortmund, Köln, Breslau u. a. m., wo die freien Gewerkschaften unter der organisierten Arbeiterschaft die erdrückende Mehrheit haben, sammeln die berufsmöglichen Arbeiterzweiter unter dem fernen "Sozialen Ausschuss" Streithilfe und Blechi, Dienst- und Ladenmädchen, Streikbrecher und Schmarotzer, kurz: alle Ochsen, die sich durch den roten Lappen aufbringen lassen, und mit diesem Ausschuss der Arbeiter reihen sie den organisierten Arbeitern die Macht aus den Händen. Besteht mal bei uns die Verhältniswahl, so werden die Werkschreher im Bunde mit den Arbeiterzweitern bei der allgemeinen Kestenwahl einen ganz anderen Terrorismus entfalten, wie bei den letzten Wahlen, wo für sie so wie so wenig Aussicht bestand. Um so mehr sollen und müssen unsere Kesten auf der Gut sein, die Tugendweite eines solchen Beschlusses bis zu den letzten Konsequenzen abwägen, ehe sie "ja" sagen. Sie müssen bedenken, wenn sie einmal "ja" gesagt haben, können sie nicht mehr "nein" sagen. Darum: Videant consules! Johann Lemppeter.

2. internationaler Kongress für Rettungswesen und Unfallverhütung.

I.

Vom 9. bis 18. September fand in Wien der zweite internationale Kongress für Rettungswesen und Unfallverhütung statt, welcher von über 1200 Teilnehmern besucht war und unter dem Protektorat des Erzherzogs Leopold Salvator stand. Der erste internationale Rettungskongress, der 1908 in Frankfurt am Main stattfand, stand unter dem Protektorat des Prinzen Heinrich der Niederlande. Trotz dieser äußerer Firmierung hat unser Verband zu beiden Kongressen Vertreter entsandt, um seine Bereitschaft zur Mitarbeit bei Bekämpfung der Gefahren des Bergbaues zu bekunden und für die Bergarbeiter zu tun, was in seinen Kräften steht. Nicht als ob wir auf diese Veranstaltungen große Hoffnungen setzten. Hinter den vielen schönen Worten, die dort geprägt werden, steht nur wenig Tatbereitschaft. Aber gerade deshalb will auch hier der Bergarbeiterverband als Vahner und Ankläger seines Amtes walten, bis den berechtigten Forderungen der Bergarbeiter entsprochen wird. Ein steter Tropfen höhlt den Stein und so muß es auch unserer stehen, umfasshafte Arbeit gelingen, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Wir in Frankfurt, so ist auch diesmal mit dem Kongress eine Ausstellung von Rettungsgeräten und Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen verbunden. Dieselbe hat in der Säulenhalle des österreichischen Parlamentsgebäudes prächtigen Raum gefunden. In Frankfurt war der Umfang der Ausstellung viel größer. Dafür ist jetzt die Zahl der Apparate und Einrichtungen für Rettungswesen und Unfallverhütung im Bergbau weit reichender. Die Ausstellung führt uns sehr plastisch vor Augen, von wie vielen und großen Gefahren die Menschen in der Grube umlaufen sind, die die Schäze heben müssen — für andere. Sie zeigt aber auch, wie viel der Menschgeist schon erkannt hat und sich stetig weiter müht, diese Gefahren zu bannen. Allerdings werden diese vielen und guten Schubversicherungen zuwenig angewandt, denn das kostet Geld und kann den Profit schwächen. Das Grubenkapital hat in der Haupthache nur das Bestreben, möglichst viel Geld zu verdienen. Sagte doch der 1908 im Borussiaabroze als Sachverständiger verurteilte, zwischen gestorbenen Bergwerksdirektor Mandebroff: "Man treibt doch schließlich nicht Bergbau, nur um die Gefahren des Bergbaus zu bekämpfen, man will doch sozusagen auch noch Kohlen fördern."

Wer die Verhältnisse im Bergbau kennt und die Ausstellungssäle durchschreitet, wird mit doppeltem Gasse erfüllt gegen das unerträgliche Grubenkapital, das diese Schubversicherungen nicht anwendet, weil sie zu teuer sind, das Menschenmaterial aber billig zu haben ist. Und doch ist, wie in der Heilung, auch hier das Verhüten das wichtigste, das Mettern nur die traurige Folge, wenn das Unglück nicht verhindert wurde. Die Ausstellung zeigt aber, wie vieles verhütet werden kann, wenn nur der Wille zur Tat nicht fehlt.

Die ausgestellten Modelle führen uns die Gewinnungsarbeiten, Bepeletzung, Förderung usw. in der Grube vor Augen. Gleich zu Anfang sind vier Grubenwagen ausgestellt mit sinnreichen Vorrichtungen zur Verhütung von Unfällen. Dann folgen Modelle, welche die Förderung im Abbau und in Schächten zeigen mit den verschiedenen Förderseilensystemen, Fangvorrichtungen, Signalen usw. Es folgen in langer Reihe die Gewinnungsarbeiten vor Ort im Strebien- und Felsenbau, das Sprengen der Kohle usw. Die Nobel-Dynamit-Aktiengesellschaft hat einen Dynamitaufnahmegerät ausgestellt, dessen Fehlen schon manches Unglück verursacht hat. Die Wetterwirtschaft im Bergbau bildet die nächste große Gruppe. Wir finden da Schachtabdämmungen, Wettertüren, Hobelvorrichtungen zum selbsttätigen Zerschneiden und Schließen der Wettertüren und anderer Verschlüsse, einen explosionsicherer Abschluß einer als Fluchtweg dienenden offenen

Verbindung zweier benachbarter Grubenbetriebe, Apparate zur Bestimmung des Kohlenoxydgehalts in der Grubenluft, Ventilatoren, alle Arten der Grubeneleuchtung, Schlagwetteruntersuchungslampen der verschiedensten Systeme, eine Lampenstübeneinrichtung, sowie Einrichtungen zur Bekämpfung des Kohlenstaubes. Eine vierte Abteilung zeigt Gegenstände des Rettungswesens und der ersten Hilfsleistung. Wir sehen da lebensgroße Figuren, welche mit den Atmungs- und Rettungsapparaten ausgerüstet sind, welche ermöglichen, durch Rauch, Dunst und giftige Gase vorzudringen. Diese Abteilung zeigt sehr erfahrene Fortschritte, dagegen ist die der Arbeitshygiene und Arbeitserholung recht dürfte bedacht. Trintwasser, Abortanlagen, Brillen zum Schutz der Augen, Atmungsapparate zum Schutz vor Kohlenstaub und einige Hüte zum Schutz gegen Stein- und Kohlenfall sind alles. Aber auch sie illustrieren die tausendfachen Gefahren, von denen der Bergarbeiter tief unten in der Grube, fern von Licht und Sonnenchein, umgeben ist.

Der Kongress wurde am 9. September, vormittags 9½ Uhr, im Sitzungssaal des österreichischen Reichsrats von Erzherzog Leopold Salvator mit einer Ansprache eröffnet, worin dieser u. a. ausführte, er gebe seiner besonderen Predigt darüber Ausdruck, so zahlreiche hervorragende Fachmänner aller Staaten und Länder der Welt hier vertreten zu sehen. Sie hätten sich in der schönen Stadt Wien zu erster Arbeit zusammengefunden und er sei überzeugt, daß ihre Beratungen zum Wohl der leidenden Menschheit segenreiche Früchte zeitigen werden.

Der Vorsitzende des Organisationsausschusses, Dr. Morris Bitter von der Biltte, führte in seiner Begrüßungsansprache u. a. aus:

"Das Gebot der Menschen- und Nächstenliebe kennt keine territorialen Grenzen; es ist jedem Menschen, welcher Nation er immer angehören mag, eingetragen, und ich konstatiere es mit Freuden, daß sich hervorragende Vertreter fast aller stilisierten Nationen in unserer Mitte befinden, von dem Wunsche bestrebt, ihre Erfahrungen auf dem Gebiete des Rettungswesens zum Gemeingut aller zu machen und neue Erfahrungen zu sammeln. Die Entwicklung der Technik auf allen Gebieten bringt notwendigerweise neue Gefahren mit sich und verlangt es gebieterisch, auch auf dem Gebiete des Rettungswesens und der Unfallverhütung nicht still zu sitzen und neue Erfindungen der Technik und Ergründungen der Wissenschaft in ihren Dienst zu stellen.

Es ist mit Genugtuung zu begrüßen, daß der in den Tagen vom 10. bis 14. Juni 1908 zu Frankfurt stattgefundene 1. internationale Kongress für das Rettungswesen diese Kongresse zu einer ständigen Institution gemacht hat, denn nur auf diese Weise ist es möglich, über die diesjährigen Erfahrungen der Kulturrationalen im Laufenden zu bleiben und jeden Stillstand auf dem Gebiete des Rettungswesens auszuschließen.

Indem wir an unsere Arbeit gehen, die einzige und allein dem Wohl der leidenden Menschheit gewidmet sein soll, sei mir der Wunsch gestattet, daß alle Schwestern, welche die Welt und das Getriebe des Lebens zwischen Menschen errichten, fassen, daß nur das fühlende Herz zum Herzen sprechen möge."

Es sprachen dann u. a. die Vertretungen der Regierungen von China, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Holland, Rumänien, Schweden, Russland, Serbien usw. In allen Reden kam fast übereinstimmend zum Ausdruck, daß das Gebot der Menschenliebe keine kleinen Grenzen, alle müssten für das Wohl der Menschheit tätig sein. Menschen- und Nächstenliebe müssten sich über nationale und Rassengegensätze hinaus verbinden betätigen. Der Vertreter der deutschen Regierung, Geh. Oberregierungsrat Dr. Bumm, Präsident des Kaiserl. Gesundheitsamts in Berlin, gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß die Wiege des internationalen Rettungskongresses in Deutschland gestanden habe. Die Deutschen seien gern nach Wien gekommen, da sie mit Österreich Blutsverwandtschaft und unverbrüchliche Freundschaft verbinden. Es läge den Deutschen fern, mit dem zu prahlen, was sie auf dem Gebiete des Rettungswesens und der Unfallverhütung schon geleistet hätten. Es gelte vor allen Dingen praktische Arbeit zu leisten. Arbeiten und Lernen ist der Trost unseres Hieros. Wer retten hilft, erfüllt Menschenliebe und Menschenpflicht. Der Wahlspruch der Tagung müsse lauten: "Mit vereinten Kräften!". Unter dieser Devise müssten die Breiten des Kongresses stehen.

Wir haben es oft, sehr oft anders gehört und erfahren, können darum nicht so ohne Weiteres an den Ernst aller schönen Worte glauben. Was nützen der Menschheit alle schönen Worte, wenn dahinter keine Taten stehen! Besonders die Arbeiter würden es begrüßen, wenn den Worten endlich auch entsprechende Taten folgten. Doch damit hat es gute Weise, wenn die Arbeiter nicht selbst Hand ans Werk legen und sich selbst ihr Schicksal schmieden.

Mittags konstituierte sich der Kongress, der in zehn getrennten Abteilungen verhandelt. Die einzelnen Abteilungen umfassen: 1. Erste ärztliche Hilfe bei Unglücksfällen, 2. Ausbildung von Rüttärzten in der ersten Hilfe (Sanitarierunterricht), 3. Rettungswesen in Städten und auf dem flachen Lande, 4. Rettungswesen im Reiseverkehr (Eisenbahnen, Automobilverkehr, Luftschiffahrt usw.), 5. Rettungswesen auf See und auf Binn- und Küstengewässern, 6. Rettungswesen bei Bergwerken und verwandten Betrieben, 7. Rettungswesen bei den Feuerwehren, 8. Rettungswesen im Gebirge, 9. Rettungswesen und Sport, 10. Unfallverhütung. 209 Vorträge sind angemeldet, die alle Gebiete des Rettungswesens und der Unfallverhütung umfassen. Daraus ergibt sich schon, welches umfangreiche Arbeitsfeld vorliegt. Nach den Erfahrungen, die wir in Frankfurt und bei den diesmaligen Verhandlungen gesammelt, können wir nur sagen: Es wäre von Vorteil, wenn der Kongress von den besten Fachleuten unserer freien Gewerkschaften besucht würde. Sie würden eine Fülle von Anregungen empfangen und könnten solche geben. Die freien Gewerkschaften haben sich ja nie durch äußerer Firma abhalten lassen, dort mitzuverarbeiten, wo ein Vorteil für die Arbeiter herauszuschlagen war. Das sollten sie hier ebenfalls tun; jedenfalls wäre es ihnen möglich, als belebendes und treibendes Element zu wirken.

Gelbe über die Arbeitsgemeinschaft.

Im vorigen Jahre hat S. Imbusch eine Broschüre über die Gelben veröffentlicht. Auf dem Titelblatt sieht man einen "potenten" Herrn, der Weitje über sich demütig verneigende Lohnsklaven schwingen. Der Inhalt der Broschüre entspricht dem Titelbild. Der Verfasser schildert die gelbe "wirtschaftsfriedliche Bewegung" als eine Sumpfschlange, die nur unter dem Goldregen der Unternehmer gedehlt und ihre Anhänger und Nachläufer zu charakterlosen Menschen erzieht, die auf ihr Persönlichkeitsrecht für ein mageres Ersengericht verzichten.

Mehr an Schimpf wie Ambush auf die Gelben häuft, kann schlechterdings nicht geleistet werden. Die Gelben haben darauf Herrn Imbusch mit dem Nachweis, geboten, daß er und seine Genossen beim Märzstreit 1912 auch "gesunde gelbe Gedanken" vertraten und der einzige Unterschied zwischen den Streitfähigen nur der ist, daß die Gelben sich konsequent dem Unternehmerdienst widmen, während die Imbusche Gelegenlich Generalstreit-trompeten sind, aber gerade wenn die Zeit für einen Arbeitererfolg am günstigsten ist, fliegs "wirtschaftsfriedlich" trompeten und sogar vor dem Geigere nach Gendarmen und Militär gegen die kämpfenden Bergarbeiter nicht zurücktreten!

Man kann sich denken, wie hohnvoll die Gelben den Aufruf des Gewerkschaftsvorstandes Bo gela ng zur Arbeitsgemeinschaft aufgenommen haben. In der letzten Nummer

des gelben "Werkelein" wird der Laden weiter gesponnen. Es versteht sich von selbst, daß das Gelbenorgan wahrheitswidrig die Sache so darstellen muß, als ob der "rote Verband" präsent, "mit Hohn und Spott" eine Arbeitsgemeinschaft mit dem Gewerkschaft vertraten. In Wirklichkeit handeln wir nach dem Wahlwort: "Gebrauchen Sie und Sie gut das Feuer!" Was vor dem Massenstreikbruch noch ohne weiteres möglich war, nämlich das Zusammentreten der Verbands mit den Gewerkschaftsführern zwecks Absprache über gemeinsame Aktionen, das ist nun zur Unmöglichkeit geworden. Heute muß die Verbandsleitung den Gewerkschaftsführern, die selbstverständlich die Bedingung stellen, bevor eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen wird, handfest Garantien dafür ausschaffen, daß sich mit Hilfe jener Leute die Arbeiterschmach eines Massenstreikbruchs nicht wiederholt. Sollen oder können solche Garantien nicht gegeben werden, dann kann aus der Arbeitsgemeinschaft nichts werden.

Besitzen die Gewerkschaftsführer das Gefühl für die Unwürdigkeit ihres Verhaltens, dann muß ihnen beim Lesen nachfolgender Sätze aus dem gelben "Werkelein" die Schamröte ins Gesicht steigen. Das Gelbenorgan (Nr. 87) schreibt:

"Die Bergknappenleute befinden sich in großer Verlegenheit. Auf allen Seiten sind sie mit ihrem Vorschlag einer Arbeitsgemeinschaft mit dem alten Bergarbeiterverband abgefallen. Namenslich die Roten, an deren Adresse der bekannte Aufruf des "Bergtruppen" gerichtet war, höhnen und spotten und denken gar nicht daran, dem christlichen Gewerkschaft auch nur den kleinen Finger zu einer Versöhnung an reichen. Die Leitung des alten Verbandes weiß eben ganz genau, daß sie jetzt die Führer des christlichen Gewerkschafts ganz von selber kommen müssen, wenn sie nicht wieder den Vorwurf auf sich laden wollen, abermals Komödie gespielt zu haben.

Trotz aller Zuflüsse läßt aber der "Bergtruppe" von seinem Plan nicht ab. Und so bringt er denn in seiner Nr. 86 ebenfalls nicht weniger als vier Artikel, die sich mit dieser Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterorganisationen befassen. Es macht immer einen guten Eindruck, wenn nicht nur aus den eigenen Meinen zu einer Sache gesprochen wird, sondern wenn auch irgend ein "Außenfeind" sich in wohlwollendem Sinne äußert. Aus dieser Erfahrung heraus läßt denn auch der "Bergtruppe" einen Herrn aufmarschieren, der mit dem Bergbau und den Arbeiterorganisationen direkt nichts zu tun hat. In eindrücklicher einfalt wird in einer abgöttischen Ausdruck dieses Herrn ausdrücklich gesagt, daß die geplante Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände eigentlich nicht anders geartet sein sollte, als das im Völkerrecht festgelegte Verhältnis der einzelnen Staaten untereinander. Wenn eine Arbeitsgemeinschaft auftaue läme, so bleibe trocken jeder Verband "souverän". Jeder Verband könnte also handeln, wie er wolle.

Geradezu possessorisch haben wir es gefunden, daß die angebliche Rücksicht ausdrücklich belont, daß nur die "Gelben" von einer Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterorganisationen ausgeschlossen sein müssten. Jawohl, edler Fuchs, die Trauben hängen so hoch. Als ob es den Mitgliedern der Verbände jeweils einzufallen würde, mit Streitgegnern gemeinsame Sache zu machen! Das wissen doch auch die Herren in den christlichen Gewerkschaften ganz genau, daß sie niemals damit rechnen können, eine gemeinsame Kampffront mit Verbündeten herzustellen. Dazu haben denn doch die Bergvereine zu viel Selbstachtung, als daß sie jemals den Plan eines gemeinsamen Wirkens mit dem Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter auch nur erwogen würden. Um so lächerlicher wirkt daher auch in anderen Gewerkschaftsblättern mit großmogulischer Selbstüberhebung ausgesprochene Satz, daß die "Gelben" "natürlich" von einer Arbeitsgemeinschaft ausgeschlossen sein müssten."

Schließlich versichert der "Werkelein", auch im Gewerkschaft gäbe es viele, noch (1) national denkende Mitglieder, die es "längst satt" seien, mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache zu machen". Diese "Nationalgesinnten" seien der Gewerkschaft, daß "auf Grund des völkigen Einheitsgeistes" beim letzten Kriegstreif im Gewerkschaft "dauernd ein antisozialistischer Geist wehen würde. Um so unwilliger sind diese zahlreichen Mitglieder darüber, daß der Gewerkschaft nun schon wieder darüber von der einen auf die andere Seite gefallen ist.

Mit diesem Schluß wird der "Werkelein", schwarz ins "Schwarze" treffen. Das Konglomerat zwischen Generalstreit-trompeten und der Verherrlichung "gefunder gelber Gedanken" muß die Nachläufer verirren; sie wissen schließlich nicht mehr, was sie von ihren "Führern" zu halten haben und die "Nationalgesinnten" gehen hin zu den Gelben, wo sie doch innumehr eine konsequente Unternehmerdienstmautchaft finden.

Was meinen die Gewerkschaftsmitglieder dazu, daß sich ihre "Führer" von den Gelben sagen lassen müssen, die Selbstachtung verbietet ihnen, mit den Herren Vogelgang, Zuidus, Efferdt usw. in eine Arbeitsgemeinschaft zu treten? Es kann nicht behauptet werden, hier bestimmten "grundständliche Meinungsverschiedenheiten" die Ablehnung. Denn noch ist der Insel der Gelben über die von den Gewerkschaftsführern anlässlich des Märzstreits produzierten Reden, Zeitungsartikel und Flugblätter unvergessen; unvergessen ist das triumphierende Zeugnis: "Das sind gesunde gelbe Gedanken!"

Nein, der eigentliche Grund des Verhaltens der Gelbenführer gegen die "christliche" Gewerkschaftsleitung ist ein abgrundtiefer Mißtrauen! Die Gelben trauen den Gewerkschaftsführern nicht über den Weg, halten sie entgegen ihrer überlaut betonten "nationalen" Gestaltung zu "unnationalen Taten", kurzum zu allem fähig", wie es in einem gelben Flugblatt hieß.

Gearbeitet als tüchtige Arbeiterführer könnten die so beispiellos Gemütkräfte, ungeachtet der parteipolitischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten (die überdies das gewerkschaftliche Zusammenarbeiten nicht hindern) vor der Arbeiterwelt dastehen, wenn sie treu festgehalten hätten an ihrem oft gegebenen Wort, ohne Rücksicht auf "höhere Bedürfnisse" die Rechte der Arbeiter zu verfechten im Verein mit den anderen Arbeiterorganisationen. Ein großer Erfolg wäre der Arbeiterschaft im vorjährigen März beschieden gewesen, wenn die Gewerkschaftsleiter, ihre Anhänger aufgefordert hätten, Schulter an Schulter mit ihren Arbeitsbrüdern zu kämpfen. Aber sie haben die Arbeiterjäche geringer als die parteipolitischen Bedürfnisse der bekannten Drahtzieher gedeckt, die Kampffront der Bergarbeiter zerissen und damit die Kameradschaft außerordentlich geschädigt, auch der Gewerkschaftsbewegung, in erster Linie allerdings ihrer eigenen Organisation, einen schweren Stoß versetzt. Als unbedingt Vertrauenswürdige könnten die Gewerkschaftsführer heute vor der Arbeiterschaft dastehen, wenn sie wollten oder dürfen!

Sie haben den andern Teil erwählt. Darum müssen sie sich gefallen lassen, daß sogar ausgerechnet die von Imbusch wie erwähnt charakterisierten Gelben die Gewerkschaftsführer als unverlässige Wetterfahnen behandeln. Ein trauriges Schicksal.

Man muß die Gewerkschaftsführer fragen, ob sie sich angesichts dieses von ihnen allein mit mutwilliger Triebhaftigkeit geschaffenen Zustandes nicht schämen, immer noch den getäuschten und geärgerten Arbeitern zu erzählen, beim Märzstreit 1912 habe die Gewerkschaftsleitung die einzige richtige gewerkschaftliche Haltung beobachtet. Dafür wollen sie nun sie das klägliche Resultat ihrer "überlegenden Taktik" übersehen können, immer noch ehrliche Kämpfer für das Arbeiterschaft als "frivole Streikheuer", "Agenten des Auslands", "Betrüger an der nationalen Wohlfahrt" u. dgl. bezeichneten.

Deutsche Gewerkschaften i. J. 1912.

III.

Als gegnerische Gewerkschaftsrichtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, seit 1880 zentralisiert, und die „christlichen“ Gewerkschaften, seit 1899 zu einem Gefünterverband vereinigt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107 740 auf 109 225, also nur um 1,45 oder 1,37 Prozent gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht begründet oder aufgenommen.

Die Gewerksvereine hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	91 661	1907	108 889
1901	96 765	1908	105 688
1902	102 851	1909	108 028
1903	110 215	1910	122 571
1904	111 880	1911	107 743
1905	117 097	1912	109 225
1906	118 508		

Von den einzelnen Gewerksvereinen zählten im Jahre 1912 Mitglieder: die Maschinenbauer und Metallarbeiter 44 604 (+894), die Fabrik- und Handarbeiter 17 997 (-221), die Eisenbahnler Württembergs 8000 (-?), Textilarbeiter 6225 (+120), Holzarbeiter 5411 (+17), Schuhmacher und Ledrarbeiter 5150 (+120), Schneider 4639 (+119), Bergarbeiter 3156 (-789), Brauer 2484 (+185), Zigarren- und Tabakarbeiter 2017 (-44), Maler und Lackierer 1703 (+80), Löffler, Ziegler 1458 (-82), Gemeindearbeiter 1324 (+41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+100), Bauhandwerker 1150 (+190), Kellner 688 (+595), Frauen und Mädelchen 668 (-62), Selbständige Ortsvereine 550 (+370), Bildhauer 317 (-19), Bäcker und Konditoren 300 (+38), Küfer 54 (+2), Reepichälzer 30 (-3), Gärtner (-20), Kaufleute - (-100) und Wäger - (-54).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerksvereine werden auf 2 786 341 Mf. die Gesamtausgaben auf 2 345 310 Mf. und die Gesamtvermögensbestände auf 1 828 851 Mf. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaftskassen enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbniskassen, denen auch andere als Gewerkschaftsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerksvereine für Arbeitslosenunterstützung betragen 226 777 Mf., für Reiseunterstützung 18 412 Mf., für Umzugunterstützung 20 886 Mf., für Notfallunterstützung 84 195 Mf. und für Invalidenunterstützung 16 586 Mf., für Streifunterstützung 348 939 Mf., für Bildungsarbeits 22 156 Mf., für Agitation und Reisen 206 269 Mf., für Generalversammlungen und Konferenzen 11 847 Mf., für Zeitungen 122 900 Mf., für Verwaltungskosten 336 210 Mf., für Arbeitsvermittlung, Druckfachen und Agitationsmaterial 34 270 Mf., für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkschaftsverband 47 571 Mf. und für Rechtschutz 11 791 Mf. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstützungsarten, deren Ausgaben wahrscheinlich ganz oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbniskassen der Gewerksvereine zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766 380 Mf. und 119 932 Mf. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkschaften um etwa 866 000 Mf. also um etwa 40 Prozent, reduzieren.

Die „christlichen“ Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 687 (1911: 340 957) und für den Jahresdurchschnitt 350 980 (350 574) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 3730 und bis Jahresende 356 oder 1,09 bzw. 0,10 Prozent, bleibt also weit hinter denjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Erfahrung mag für die „christlichen“ Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Panam gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu dienen, recht schmerlich sein, ganz besonders schmerlich im Berichtsjahr, in dem es ihnen gelang, eine so ausichtsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Berrat zunächst zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu schädigen, — sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterschaft das Weinen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der „christlichen“ Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die „christlichen“ Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	159 770	1907	354 760
1901	160 772	1908	264 519
1902	179 799	1909	270 751
1903	192 617	1910	295 129
1904	207 484	1911	340 957
1905	265 032	1912	344 687
1906	320 248		

Die Mitgliederzahlen der einzelnen „christlichen“ Gewerkschaften betrugen:

Bergarbeiter 76 988 (-6600), Bauarbeiter 43 691 (+3736), Metallarbeiter 42 644 (+1391), Textilarbeiter 39 903 (-2494), Bäckerische Eisenbahner 26 785 (+1), Eisenbahnhandwerker und Arbeiter 20 941 (-1253), Städt. Gewerke, Verkehrsarbeiter 17 856 (+2110), Holzarbeiter 17 280 (+1518), Heimarbeitertinnen 3188 (+1189), Keram- und Steinarbeiter 7411 (+808), Tabakarbeiter 7388 (-469), Maler 4314 (-184), Eisenbahner, Württembergische 3836 (+622), Leinenweberei 3302 (-27), Buchdrucker (Gutenbergia) 3239 (+169), Fahrzeugs- und Gemüsmittelindustrie 2968 (-308), Gashausangestellte 2778 (+564), Graphische Zentralverband 1993 (+368), Krankenpfleger 1620 (+166), Mecklenburgische Eisenbahner 987, Gärtner 819 (+18).

Die gesamten Einnahmen der „christlichen“ Gewerkschaften sind von 6 243 643 Mf. auf 6 608 350 Mf. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 299 781 Mf. auf 5 222 727 Mf. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7 082 942 Mf. auf 8 515 658 Mf. angewachsen.

Bon den Einnahmen entfielen 50 866 Mf. (1911: 52 556 Mf.) auf Aufnahmehöhen, 5 966 955 Mf. (5 629 651 Mf.) auf Beiträge, 39 151 Mf. (49 724 Mf.) auf Extrabeiträge und 551 388 (511 711 Mf.) auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilen sich auf Verbandsorgane 549 973 Mf., Agitation 670 024 Mf., Streif- und Gewerkschaftsunterstützung 654 323 Mf., Reine- und Arbeitsloremunterstützung 201 223 Mf., Krankenunterstützung 761 293 Mf., Sterbenunterstützung 205 089 Mf., Rechtschutz 116 703 Mf., sonstige Unterstützungen 57 611 Mf., Bibliothek und Bildungsarbeits 133 267 Mf., Gewerkschaftsbeitrag 92 382 Mf., Gehälter 1 707 547 Mf., Bergwaltung 259 936 Mf., Anteil der Lokalkassen 1 145 722 Mf., sonstige Ausgaben 203 028 Mf.

Stellt man für die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Volksvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Bissen des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung im deutschen Reich 8 266 819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahr, in welchem 8 042 208 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224 616 zu verzeichnen, von denen 209 404 oder 98,2 Prozent auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89 628 266 Mf. (1911: 80 958 814 Mf.), die gesamten Ausgaben 88 678 714 Mf. (1911: 67 629 149 Mf.) und die gesamten Vermögensbestände 91 202 295 Mf. (1911: 70 878 805 Mf.). In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, syndikalischen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen- und Ausgaben aber auch diejenigen der Hirsch-Dunderschen Gewerken- und Begräbniskassen.

Im Jahre 1900 entfielen von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 7,0 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerksvereine und 17,2 auf die „christlichen“ Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2, die Gewerksvereine 8,8 und die „christlichen“ 16,0 Prozent der Mitglieder. 1912 stand das Verhältnis sogar wie 84,8 : 8,3 : 11,8. So ist der Anteil der gegnerischen Gewerkschaftsgruppen trotz aller ihrer gehässigen Agitation, trotz ihrer Terrorismusmärchen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordene Unterstützung fortgesetzt im Rückgang begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestreitet werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeitersklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Gönnner je länger um so mehr abfinden müssen.

Böllswirtschaftliche Rundschau.

Krisis und Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie.

Die deutsche Textilindustrie mit ihren mehr als 1 000 000 beschäftigten Arbeitern und Arbeitnehmerinnen steht gegenwärtig unter dem Druck einer schweren Krisis, und zwar sind alle Zweige, mit Ausnahme der 104 000 Arbeiter umfassenden Wirkerei und Striderei und der Zuliefertätigkeit mit ihren 37 000 Personen, von dieser Krisis erfaßt. In ganz besonderer Höhe ist selbstverständlich die Textilwarenfabrikation in Mitleidenschaft gezogen und hier sind es wiederum vornehmlich die Wollenbranche, sowie die Spitz- und die Bandindustrie, welche seit langem arg darunterliegen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hatte im Mai d. J. bei 140 000 Mitgliedern 1800 Arbeitslose und Unterstützungsberechtigte, im August waren es 2725. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosen ist aber bedeutend höher, da alle diejenigen, welche noch keine einjährige Mitgliedschaft hinter sich haben, sowie diejenigen, welche an Unterstützungen ausgesteuert sind, nicht von der Statistik erfaßt sind. Die Zahl der auf der Reise befindlichen Mitglieder stieg im 2. Quartaljahr 1912 auf 2543 gegen 1528 im 1. Quartaljahr. Noch besser veranschaulicht wird die Lage, wenn man die Zahl der stillstehenden Maschinen in den einzelnen Zentren der Textilindustrie sich vergleicht. In den Grimmtalschau-Tuchsärgen waren im Dezember 1912 vorhanden 2424 Stühle, im Juli 1912 waren es nur noch 2300. Es waren sonach 88 Stühle abgerissen, ohne durch neue ersetzt zu sein. Von den 2380 Stühlen waren aber nur noch 2078 in Betrieb, 12,0 Proz. der Maschinen standen still. In der Fabrikation schwerer Herrenstoffe ist das ein hoher Prozentsatz. In Spremberg stehen von 1711 Stühlen 359, das sind 21 Prozent. In Rottweil stehen von 2017 Stühlen rund 380; ebenso sieht es in Forst, Lüdenscheid, Werden und Norden aus. Die arbeitslosen Textilarbeiter suchten zu Hunderten Beschäftigung in den Bergwerken des Würmtals. Ein guter Teil der bestens qualifizierten Arbeitskräfte geht dadurch baufrei der Industrie verloren. In den Distrikten der Damenschleißeroffenbranche stehen mindestens 40 Prozent aller Maschinen still. In Greiz sind vorhanden 8208 Webstühle, davon stehen jetzt 8025, das sind gegen den Vormonat 419 Stühle mehr. 125 Arbeiter sind an diesen Stühlen weniger beschäftigt als im Juli. In Gera stehen von 6998 8088 Stühle still. In Glashau sind von 1824 Webstühlen nur 748 in Betrieb und in Meuselwitz von 2716 nur 1249. Reichenbach i. V. verzeichnet 2444 Webstühle bei 968 stillstehenden.

Über auch die Zahlen der wirklichen Arbeitslosen und stillstehenden Stühle geben noch durchaus kein richtiges Bild der Beschäftigungslosigkeit und der dadurch erzeugten Leidenschaft. In vielen Orten, wie z. B. in Lüdenscheid, arbeiten alle namhaften Firmen mit verkürzter Arbeitszeit pro Tag und gefügter Arbeitswoche. In anderen großen Bezirken aber sind die gut ausgebildeten Unternehmerorganisationen eifriglich bemüht, nach außen hin den Schein eines günstigen Geschäftsganges und genügenden Beschäftigungsgrades zu erwecken. So deumentiert der Verband Sachsen-Thüringischer Webereien prompt alle Preisfeststellungen über besonders schlechten Geschäftsgang. Rücksichten auf Kredit und andere Verhältnisse bestimmen die Unternehmer, den Betrieb mit unterkürzter Arbeitszeit zu lassen. Nach wie vor steht frühmorgens von 6 Uhr ab die Dampfmaschine alle Transmissionen in Bewegung, nach wie vor wird abends 6 Uhr mit dem scharfen Pfeif der Dampfzpfeife die Bewegung beendet. Aber innerhalb des Betriebes stehen hunderte Maschinen still. Es gibt Webfabriken, wo von 300 Stühlen nur 18 bis 20 arbeiten. Des weiteren aber werden Web- und Webberinnen, welche in normaler Zeit 2, 3 und auch 4 Webstühle bedienen, nur an einem Webstuhl beschäftigt. Die übrigen Webstühle des betreffenden Arbeiters stehen still. Statt die Arbeitszeit pro Tag entsprechend dem verminderten Beschäftigungsgrad einzuschränken und somit dem Arbeiter und der Arbeiterin Gelegenheit zu geben, wenigstens während der Zeit der Krisis außerhalb der Fabrik sich zu betätigen, den Haushalt zu besorgen usw., zwingt man durch die unverkürzte Arbeitszeit bei verminderter Zahl der zu bedienenden Maschinen die Beschäftigten, nach wie vor 12 Stunden und mehr in der Fabrik bei stark reduziertem Verdienst auszuhalten. Man rautet ja der Arbeiterfrau den einzigen Vorteil, welchen die Krisis ihr bietet, den Vorteil, sich mehr als sonst der Erziehung der Kinder und der Familie widmen zu können. Es arbeiten so zum Beispiel in Glashau 200 Männer und 192 Frauen auf je einem Stuhl, in Wohlau waren es 432 Personen, in Greiz 732, in Gera 627.

Gleich schwer wie in der Wollenindustrie lastet die Krisis auch auf der Spitz- und Bandindustrie sowie den verschiedenen anderen kleineren Branchen. In der vogtländischen Spizienfabrikation stehen mindestens 60 Prozent der Maschinen still. Im 2. Quartaljahr 1912 werden vom Deutschen Textilarbeiterverband im vogtländischen Raum allein 29 000 Mf. an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Städte und Ortschaften gehen dort an Einwohnerzahl insoweit Abwanderung der Proletarier zurück. Zumal es in der Spizienindustrie noch die meiste Ausfuhr auf baldigen Hand zum Besseren vorhanden. Im Pilsnitzer Bezirk darf in der Baumwollindustrie nur noch die Hälfte des früheren Quantums an Band angefertigt werden. Die Arbeitnehmer des betreffenden Arbeiters stehen nun auf dem grünen Platz.

Ganz bedenklich verändert hat sich die Geschäftslage auch in der Baumwollindustrie, und zwar sind alle Zweige, Kleiderstoffe, Bettzeug, Hosenstoffe, Tüllstoffe usw. davon betroffen; ebenso alle Bezirke: Rheinland wie Sachsen, Schlesien wie Bayern. Dabei ist noch ein fortgesetzter Zustrom österreichischer Arbeiter, ganz besonders in die bayerischen Textilzentren, zu konstatieren. Der schlechte Geschäftsgang in Österreich zwingt die Proletarier zur Abwanderung. Sie kommen nach Deutschland und vermehren das Angebot der Hände. Vieles über die Wollenindustrie Gesagte gilt auch für die Baumwollindustrie.

Die Aussichten für die Zukunft sind trüb. Die Unternehmer erwarten Besserung von der Endigung des Balkanrieges und der Fortsetzung des neuen Balkanrieges der Vereinigten Staaten. Diese beiden Unternehmer Deutschlands, welche an der Aufrichtung hoher Zollmäntern um Deutschland stark beteiligt waren, sehen ihre Hoffnung auf die Niedergang solcher Zollmautern in anderen Ländern. Durchgreifender Wandel zum Besseren wird für die Textilindustrie, soweit das überhaupt möglich ist, nur durch einen Wandel der eigenen Wirtschaftspolitik herbeigeführt werden können. Unterdessen darf das Volk die Arbeitslosigkeit mit all ihren übeln Begleiterleidungen offenbart aus, wenn den Krankheitsprozeß der politisch militärischen Wirtschaft. Das Einkommen der Arbeiter sinkt, die Not zieht ein. Das große Deutsche Reich nicht anders dabei, und so lange die kleinen hauseigenen Staaten und Gemeinden verfügen. Nur die Arbeitersklasse selbst in ihren Gewerkschaften sucht den Nebeln zu steuern.

Ergebnisse der Reichsstatistik.

Das „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ ist soeben erschienen. Es enthält in der üblichen Anordnung die Quintessenz der amtlichen Statistik. Wenn auch die Ergebnisse zum Teil schon anderweitig veröffentlicht worden sind, so wendet sich dem Jahrbuch doch regelmäßig die Aufmerksamkeit aller am öffentlichen und wirtschaftlichen Leben interessierten Kreise zu. Trotz der vielen Mängel, die der amtlichen Statistik noch anhaften, liefert sie für die Beantwortung gewisser Fragen von allgemeiner Bedeutung doch noch das einzige zuverlässige Material. Das gilt vor allem von all den Problemen, die mit der Bewegung der Bevölkerung zusammenhängen. Wir stehen im Zeichen der Erörterungen über Geburtenrückgang, „Geburtenstreit“ usw. Es ist deshalb von Interesse, die für das Jahr 1911 veröffentlichten Resultate der Statistik mit den Ziffern der Vorjahre zu vergleichen. Es zeigt sich, daß zwar die Zahl der Eheschließungen von 496 898 im Jahre 1910 auf 512 819 im Jahre 1911 gestiegen ist, daß aber die Zahl der Geborenen gleichzeitig von 1 982 838 auf 1 927 080 zurückging. Die Säumigkeit des Klappertors ist um so schwerwiegender, als gleichzeitig der Tod in dem übermäßig hohen Jahre 1911 eine beiderseits reichliche Rente — vor allem bei den Säuglingen — hielt. Die Zahl der Gestorbenen erhöhte sich nämlich von 1 103 723 auf 1 187 004. Auf je 1000 Einwohner kamen in den Jahren 1906–1911 durchschnitt

Bei der Wahl beteiligte der Verband sich nicht und da der „christliche“ Gewerbeverein in Saarabien vollständig abgewirtschaftet hat, wurde ein gelber Sicherheitsmann an Stelle des „ausgelösten“ und hinausgeschmissenen Verbandskameraden gewählt und damit die Steigerabteilung von einer nochmaligen Auflösung bewahrt. Vor etwa einem halben Jahr wurde auf Grube Gerd ebenfalls ein Sicherheitsmann des Verbandes durch Auflösung der Steigerabteilung um sein Mandat gebracht, jedoch haben wir nicht erfahren, ob nachträglich die aufgelöste Abteilung wieder hergestellt worden ist. Die Bergkommunen zeigen, wie der Saarfall die Gesetze genau befolgt. Sicherheitsmänner erst dann kündigt oder verlegt, wenn vorher „eingetretene Verhältnisse“ ihnen das Mandat geraubt hatten.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Erinnerung an den Märzstreit 1912.

Die ultramontane „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (M.-Gladbach) schrieb am 30. März 1912 in einem Rückblick auf den Streit im Ruhrgebiet, der vom „Dreibund“ gewählte Zeitpunkt des Loschlages seit der denkbar ungünstigste (!!!) gewesen, weil die Wirtschaftslage sich durch gesetzte Kohlen- und Stahlzölle als eine schlechte (!) charakterisiert habe. In der Geheimkonferenz der Vertrauensleute des „christlichen“ Gewerbevereinsvorstandes, am 8. Oktober 1911, wurde eine bandurmartige Resolution angenommen, in der den öffentlichen Erfahrungen zum Trotz gesagt ist, es sei eine „rückläufige Konjunktur“ eingetreten, die voraussichtlich „noch anhalten“ würde.

Wenn schon die M.-Gladbachische nicht eingestehen wollen, daß sie hinsichtlich der Beurteilung der Konjunktur gegen ihre bessere Überzeugung sprachen und schrieben, so sollten sie doch nun vorwiegend zugeben, daß sie sich vollständig geirrt haben. Aber läßt die Halbgott-natur der „überlegenen Gewerbeleiter“ selbst dieses Bekennnis nicht zu? Wollen sie, obgleich die Geschäftsbücher der Unternehmensgesellschaften durchweg von einem starken Aufsteigen der Konjunktur im Jahre 1911 und einer Hochkonjunktur im Jahre 1912 erzählen, immer noch dabei bleiben, im Frühjahr 1912 habe die „denkbar ungünstigste“ Konjunktur für einen Lohnkampf der Bergarbeiter geherrscht?

Hören wir, was die Handelskammer Duisburg, in deren Bereich bekanntlich die Bergwerks- und Hüttenindustrie die bedeutendste Rolle spielt, über den „denkbar ungünstigsten“ Zeitpunkt berichtet: „Auf dem Gebiete der Gütererzeugung ist das deutsche Volk im Jahre 1912 täglich gewesen wie nie zuvor... Die Hochkonjunktur des Jahres 1912 war eine Weltkonjunktur (!!!); alle Staaten, sowohl sie nicht unter kriegerischen Entwicklungen zu leiden hatten, haben an dem Aufschwung teilgenommen.“

Auso bestätigt dies Organ der Werksbesitzer, daß 1912 die Gütererzeugung „wie nie zuvor“ stieg und daß die außerordentliche Aufwärtsbewegung sogar einen internationalen Charakter trug. In einer solchen Zeit haben natürlich die Bohnenkämpfe der Arbeiter die größten Erfolgssäusserungen — vorausgesetzt, ihre Kampffront wird nicht zerissen.

Über den Bergarbeiterstreit heißt es in dem genannten Handelskammerbericht:

„Am 11. März brach im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein Bergarbeiterstreit aus, der sich auf fast alle Zeichen erstreckte. Herborgerufen wurde er durch die unausgesetzte Agitation der drei Arbeiterorganisationen: Alter Verband, Hirsch-Dunderdorfer Gewerbeverein und Polnische Gewerbevereinigung, während der christliche Gewerbeverein beim Streit diesmal abseits stand... Der Streit dauerte nur 10 Tage und endete mit einem vollen Niederhol für die Streitenden... Hoben sich die Streitenden selbst genug dadurch geschadet, daß sie ihren Lohn während der Streitzeit und wegen Nichteinhaltung der Kündigung ihres Verdienstes für 6 Schichten verloren, so war der gekürzte (finanzielle) Schaden für die Bediensteten noch ungleich größer, zumal der Ausstand in eine Zeit fiel, wo infolge des Streits der englischen und belgischen Bergleute das Ausland für deutsche Kohlen besonders aufgeschmäht war.“

Der Handelskammerbericht bezeichnet also genau so wie die Führer des Dreibundes den Streit der Engländer und Belgier als ein günstiges Moment für den Lohnkampf der Ruhrbergleute. Vernünftige und ehrliche Leute können nicht anders urteilen. Jedes Kind muß einsehen, daß, wenn die Nachfrage nach Kohlen und Koks aus irgend einem Grunde bedeutend steigt, dann der Zeitpunkt für die Erhebung von Lohnforderungen der Kohlenbergleute am günstigsten ist. Die M.-Gladbachische aber haben ihre Nachläufer in Wort und Schrift ermahnt, „gerade jetzt“, wo die Engländer streiten, an der Arbeit zu bleiben, denn der englische Streit — verschlechtert die Aussichten der deutschen Bergleute!!! Wollen die Gewerbevereinsführer auch diese allen Regeln der Gewerbeleiterstrategie straß ins Gesicht schlagende Behauptung aufrecht erhalten?

Einen besseren Beweis für die Erklärung der Unternehmerorgane, der wirtschaftliche Aufschwung habe sich schon 1911 kräftig fühlbar gemacht, als die Biffen der Werkszüberschüsse kann es nicht geben. Betrachten wir uns deshalb die Geschäftsergebnisse zweier führender Bergwerks- und Hüttenunternehmungen.

Pöhlitz, Hördt-Muhrtort:

	1910/11	1911/12	1912/13
	Mt.	Mt.	Mt.
Betrag	3.658.662	6.158.830	6.712.647
Bruttogewinn	33.576.297	37.234.996	42.084.334
Zusammen	37.235.050	43.430.826	48.706.981
Abreibungen	10.970.177	12.583.455	12.987.848
Extraktabreibungen	1.790.000	1.820.136	3.615.700
Nettogewinn	24.474.882	29.027.225	32.193.433
Dividende in %	15	18	18
in Mt.	15.900.000	19.080.000	19.080.000
Tantiemen	1.979.062	2.184.577	2.311.957
Vortrag a. neue Rechnung	6.195.830	6.712.647	8.471.476

Altmühl-Friedrich, Rothringen:

	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
Bruttogewinn	8.407.620	9.742.731	12.908.418	14.846.113
Abreibungen	2.772.374	2.920.191	3.074.064	4.506.385
Reingewinn	5.635.246	6.822.540	9.834.353	10.039.724
Dividende	2.480.000	4.404.000	6.960.000	6.960.000
Dividende in %	10	12	12	12
Vortrag	640.622	617.828	720.100	1.215.831

Wir sehen, daß die Gewinnziffern schon 1911/12 tatsächlich stiegen, das heißt in derselben Zeit, wo die Geheimkonferenz der Vertrauensleute des Gewerbevereinsvorstandes einer Resolution zustimmt, die eine „rückläufige Konjunktur“ „konstatiert“ und die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ glattweg die Konjunktur als die „denkbar ungünstigste“ für die Gründung eines Lohnkampfes bezeichnete. Halten die M.-Gladbachischen den weltbekannten Tatsachen zum Trotz an ihrer Beurteilung der Konjunktur im Frühjahr 1912 fest, dann beweisen sie, daß sie es mit ihrem „Aufruf zur Arbeitsgemeinschaft“ gegen das „rückläufige Scharfmäderium“ nicht ehrlich meinen, sondern nur einen Agitationsbluff beabsichtigen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Die Arbeitersekretariate u. Rechtsaustellungstellen in Deutschland im Jahre 1912.

II.

Wie bei den Sekretariaten haben auch bei den Austellungstellen die Frequenzziffern eine abermalsige Zunahme aufzuweisen. Die Zahl der vorhandenen Austellungstellen stieg von 198 auf 211. Die

Zahl der erteilten Auskünfte weist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 9.90 Prozent auf. Noch stärker tritt die Vorwärtsbewegung bei den persönlichen Vertretungen und angefertigten Schriftsäcken in Erscheinung. Die erteilten Schriftsätze liegen von 15.570 auf 18.748, also um 3180 gleich 20.24 Prozent. Persönliche Vertretungen wurden von den Austellungstellen 994 gegen 872 im Vorjahr wahrgenommen, 122 gleich 18.90 Prozent mehr als im Vorjahr.

Der gehörige Teil der Austellungstellen erteilt unentgeltliche Auskunft an alle Auskunftssuchenden. 178 Austellungstellen üben im Jahre 1912 diese Praxis.

Von den insgesamt 51 772 von 195 Austellungstellen erteilten Auskünften betraten 14.487 gleich 27.98 Prozent die Arbeiterversicherung, 7295 gleich 14.00 Prozent betrafen den Arbeits- und Dienstvertrag, 10.095 gleich 19.50 Prozent Bürgerliches Recht, 7119 gleich 18.75 Prozent Gemeinde- und Staatsangelegenheiten, 2844 gleich 6.58 Prozent Strafrecht. Die Arbeiterversicherung betrafen 1874 gleich 3.23 Prozent, Privatversicherung 1113 gleich 2.15 Prozent; 3890 gleich 6.53 Prozent waren Auskünfte, welche andere Angelegenheiten betrafen. 7345 gleich 7.23 Prozent von den Austellungstellen erteilte Auskünfte fehlen nähere Angaben. Insgesamt haben die Austellungstellen in den acht Jahren, für welche Angaben vorliegen, 291.340 Auskünfte erteilt. Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im Jahre 1912 7.58.500 Auskünfte erteilt.

Die Zunahme der Rechtsstellen der Sekretariate des letzten Jahres übersteigt die Zunahme der gesamten Rechtschulgenrichtungen des Jahres 1910. Diese betrug 47.771 Rechtsstellen, während die Sekretariate 1912 allein eine Zunahme von 47.830 Rechtsstellen zu verzeichnen hatten. Auch gegenüber den gesamten Rechtsstellen des Jahres 1911 ist eine Zunahme von 52.255 Rechtsstellen eingetreten, wiederum eine höhere Zunahme, als das Jahr 1911 aufzuweisen hatte, welche 49.082 Rechtsstellen betrug.

Bei Betrachtung der Gesamtzahlen ist zu beachten, daß mit diesen Zahlen keineswegs eine erschöpfende Darstellung der gefauerten von den Organisationen der Arbeiterschaft geleisteten Rechtsstellen gegeben ist. Eine erhebliche Anzahl von Ortsverwaltungen und auch eine Anzahl von Centralvorständen geben Auskünfte und gewähren Rechtsstellen, deren Umfang sich kaum abgrenzen läßt. Eine Tätigkeit und Leistung, die sicher so umfangreich sind, daß sie die vorstehenden Zahlen um ein erhebliches hinausschnellen würden. Allein aus der Summe, welche für diesen Zweck von den Verbänden 1912 für Rechtsstellen an Mitgliedern gewährt und verausgabt wurde, läßt sich eine umfangreiche Leistung ermessen. 300.470 Mark wurden 1912 von den Verbänden für diesen Zweck verausgabt.

Über die gesamte Rechtsberatung der minderhemmtesten Bevölkerung veranstaltet das Kaiserl. Statistische Amt seit dem Jahre 1909 Erhebungen. Die Erhebung für das Jahr 1912 berichtet über 918 Rechtsstellen, welche zusammen 1.841.804 Auskünfte im Berichtsjahr erteilt haben. Schriftsätze wurden 468.028 angefertigt.

Von der Gesamtzunahme an erteilten Auskünften von 157.824 entfallen unter Zugrundeliegung der Zahlen des Statistischen Amtes auf die Einrichtungen der Verbände allein 52.040. Wird die Zahl der Auskünfte der Privatangestelltenverbände bei der Zunahme ausgegliedert, da für diese im Vorjahr keine Angaben vorliegen, so macht die auf die Einrichtungen der Verbände allein entfallende Zunahme 52.10 Prozent der Gesamtzunahme aus. Noch stärker tritt die beherrschende Position der Rechtschulgenrichtungen der Centralverbände bei der Zunahme der angefertigten Schriftsätze in Erscheinung. Die Gesamtzunahme beträgt hier 31.791, wobei auf die Einrichtungen der Verbände allein 27.994 entfallen. Werden auch hier die Ziffern der Privatangestelltenverbände ausgeschieden, so beträgt der Anteil der Rechtschulgenrichtungen der Verbände an der Gesamtzunahme der angefertigten Schriftsätze 91.87 Prozent. Es genügt, die Tatsache festzustellen, weitere Worte würden ihre Bedeutung nur abschwächen.

Gemeindliche und staatliche Rechtsaustellungstellen berichten 119 über 337.071 erteilte Auskünfte und 57.563 angefertigte Schriftsätze. 712 persönliche Vertretungen haben diese Rechtsstellen 1912 wahrgenommen. Gemeindliche Vereinigungen haben 82 über 194.202 erteilte Auskünfte, 36.016 angefertigte Schriftsätze und 633 wahrgenommene persönliche Vertretungen berichtet. 93 Rechtsaustellungstellen für Frauen haben 45.485 Auskünfte erteilt, 8859 Schriftsätze angefertigt und 213 persönliche Vertretungen wahrgenommen.

Von den Rechtsstellen der Hirsch-Dunderdorfer Gewerbeverein berichtet 55 über 58.365 erteilte Auskünfte, 11.183 angefertigte Schriftsätze und 873 persönliche Vertretungen. Der von den „christlichen“ Gewerbevereinen erteilte Rechtschub steht gegen das Vorjahr einen Rückgang auf. Obwohl für 1912 von einer Organisation mehr berichtet wird als 1911, 55 gegen 54, gingen die erteilten Auskünfte von 40.773 auf 40.056 und die angefertigten Schriftsätze von 23.614 auf 22.490 zurück. Ist der Rückgang auch nicht erheblich, so darf er doch in einer Zeit allgemeiner Entwicklung ins Gewicht. Den gleichen „Entwicklungszug“ gingen 1912 die professoellen Rechtsaustellungstellen 11. Während 1911 19.196 angefertigte Schriftsätze berichtet, 1912 122 dieser Einrichtungen über 235.638 erteilte Auskünfte und 14.520 angefertigte Schriftsätze berichtet, müssen sich 1912 23 evangelische Rechtsaustellungstellen mit 30.838 erteilten Auskünften und 13.434 angefertigten Schriftsäcken begnügen. Persönliche Vertretungen haben diese Rechtsaustellungstellen 1912 504 wahrgenommen. Katholische Rechtsaustellungstellen 1912 109.096 angefertigte Schriftsätze berichten, 1912 122 dieser Einrichtungen über 32.268 erteilte Auskünfte und 14.520 angefertigte Schriftsätze berichtet, müssen sich 1912 23 evangelische Rechtsaustellungstellen mit 30.838 erteilten Auskünften und 13.434 angefertigten Schriftsäcken begnügen. Persönliche Vertretungen haben diese Rechtsaustellungstellen 1912 504 wahrgenommen.

Von den Rechtsstellen der Hirsch-Dunderdorfer Gewerbeverein berichtet 55 über 58.365 erteilte Auskünfte, 11.183 angefertigte Schriftsätze und 873 persönliche Vertretungen. Der von den „christlichen“ Gewerbevereinen erteilte Rechtschub steht gegen das Vorjahr einen Rückgang auf. Obwohl für 1912 von einer Organisation mehr berichtet wird als 1911, 55 gegen 54, gingen die erteilten Auskünfte von 40.773 auf 40.056 und die angefertigten Schriftsätze von 23.614 auf 22.490 zurück. Ist der Rückgang auch nicht erheblich, so darf er doch in einer Zeit allgemeiner Entwicklung ins Gewicht. Den gleichen „Entwicklungszug“ gingen 1912 die professoellen Rechtsaustellungstellen 11. Während 1911 19.196 angefertigte Schriftsätze berichtet, 1912 122 dieser Einrichtungen über 235.638 erteilte Auskünfte und 14.520 angefertigte Schriftsätze berichtet, müssen sich 1912 23 evangelische Rechtsaustellungstellen mit 30.838 erteilten Auskünften und 13.434 angefertigten Schriftsäcken begnügen. Persönliche Vertretungen haben diese Rechtsaustellungstellen 1912 504 wahrgenommen.

Rechtsaustellungstellen von Arbeitgebern waren 9 vorhanden. Diese erteilen nur am Werftangehörige Auskunft. Sie berichten über 12.461 erteilte Auskünfte, 6017 angefertigte Schriftsätze und 11 persönliche Vertretungen. In der Gruppe Rechtsaustellungstellen politischer Vereinigungen wurden 32 mit 33.732 erteilten Auskünften, 14.443 angefertigten Schriftsäcken und 522 persönlichen Vertretungen gezählt.

Rechtsaustellungstellen in ländlicher Gewerbejugend haben im Berichtsjahr 9 über 17.055 erteilte Auskünfte, 581 angefertigte Schriftsätze und 38 persönliche Vertretungen berichtet.

Wie sie verlaufen!

Die gegenwärtig in ganz Deutschland statthaftenden Krankenversammlungen geben den Gegnern der freien Gewerbevereinen einen der bekannten Verleumdungsfeldzüge gegen sie zu unternehmen. Von drei Seiten wird das heut unterhalten, um die Arbeiter bei der Einnahmenabgabe irre zu führen. An der Spitze steht selbstverständlich die M.-Gladbachische Bürgenzentrale, welche vom Reichsverband und der geheißen Kaiser-Kreispolizei befürwortet wird. Fast täglich steht man Artikel mit folgenden oder ähnlichen Behauptungen:

„Aus der sozialdemokratischen Krankenversammlung sind in Laufe der Jahre so viele Nbelstände und Mißbräuche an die Öffentlichkeit geraten, daß man nicht mehr von Einzelereignissen reden kann. Die sozialdemokratischen Parteiinteressen wurden in ungezählten Fällen über die Interessen der Versicherten gestellt, zum Nachteil der Sozialdemokratie. Die Zustände waren infolge der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftswirtschaft so unhaltbar geworden, daß bei der Reichsversicherungsordnung gefährliche Vorkehrungen darauf getroffen werden mußten.“

Leider lassen unsere Kollegen so manche Verleumdung durchgehen, die dann Jahr für Jahr in immer neuem Aufzug dem damaligen Streitbruchhang wieder vorgelegt werden. Bei den letzten unter dem alten Geist statthaftenden Krankenversammlungen in Dortmund erhoben die Zentralversammlungen gegen die „sozialdemokratische“ Vorstandsmehrheit schwere

Die „Volksfürsorge“ geht Ihre Bahn!

Trotz der Gründung verschiedener Gegen-„Volksfürsorgens“ seitens der privaten Lebensversicherungsgesellschaften, trotz der Unterstützung dieser Gründungen durch die Behörden, die Arbeitgeberorganisationen, die Gewerbe, die katholischen Gewerkschaften und die evangelischen Arbeiterverbände und trotz der intensiven gehäusigen Verämpfung der „Volksfürsorge“ durch die von diesen Gegnern geschaffte Presse — geht sie Ihre Bahn! Die in den deutschen Gewerkschaften und Genossenschaften organisierten Millionen haben die zum Schutz der Versicherten notwendig gewordene Reform der Volksversicherung eingefordert und die Gründung der „Volksfürsorge“ als einen wirklichen, sozialen Fortschritt mit Freuden begrüßt.

Überall im Reich sind deshalb die Träger der Gewerkschaften und Genossenschaften sofort nach der offiziellen Genehmigung und Geschäftseröffnung der „Volksfürsorge“ mit Eifer an die Arbeit gegangen, haben von sich aus Rechnungsstellen eröffnet, Rechnungsführer und Vertrauensmänner bestellt, die als Beauftragte der Gewerkschaftskartelle und der Konsumvereine die Werbearbeit für die „Volksfürsorge“ freiwillig übernehmen.

Trotz der vollen Neuerung des Arbeitsgebietes, auf das die Funktionäre gestellt werden, fanden sie bei den Interessenten weitgehendes Verständnis. Wie sehr die „Volksfürsorge“ dem Bedürfnis entspricht, kann nicht aus der Tatsache hervortreten, daß beispielweise die Rechnungsstelle Hannover, die ihre Tätigkeit erst Mitte Juli begann, schon am 24. August die Aufnahme von rund 1000 Versicherungsanträgen mitstellen konnte. Wahrscheinlich ein Zeichen des großen Vertrauens, das die Arbeiterschaft dem neuen Versicherungsunternehmen entgegenbringt!

Da im Reich sicher bald mehr als 600 Rechnungsstellen ihre Arbeit verrichten und dem Beispiel Hannovers folgen werden, ist eine gute Weiterentwicklung zu erwarten.

Anknappachtliches.

Hat der „christliche“ Kleine Klein einen Meineid geschworen?

In der Gerichtsverhandlung gegen die Redakteure der „Westfälischen Volkszeitung“ am 20. Februar vor dem Schöffengericht zu Bochum hat der „christliche“ Knappachtälteste Klein nach dem übereinstimmenden Bericht in Nr. 44 vom 22. Februar der „Westfälischen Volkszeitung“ und in Nr. 9 des „Bergknappen“ vom 1. März unter seinem Eid folgendes ausgesagt:

„...buk erst seit 1911, unter der Herrschaft der Verbandsältesten, der Paragraph betreffend Einberufung der Generalversammlung in so arbeiterabhängiger Weise ausgeschlagen worden sei. Früher seien die Anträge stets von der Verwaltung an die Beteiligten versandt worden. Der jegliche Modus, Tagesordnung und Termin gleichzeitig festzulegen, liege nicht im Interesse der Knappachtmitglieder. Es sei ihm nicht bekannt, daß jemals früher so viele Schwierigkeiten gemacht worden seien.“

Der „christliche“ Kleine Klein hat also nach diesem Bericht beschworen, daß erst seit 1911, unter der Herrschaft der Verbandsältesten, die Einberufung der Generalversammlung mit gleichzeitiger Festlegung der Tagesordnung in ein und derselben Vorstandssitzung erfolgte, obwohl er genau weiß, daß das unwahr ist!!! Das Königliche Oberbergamt hatte Klein schon am 2. September 1912 in einem längeren Antwortschreiben auf eine von ihm und Kuchenwald unterzeichnete Beschwerde darüber aufgelistet, daß seine Ansicht falsch sei, im Knappachtverein von jener so versprochen worden sei, wie jetzt. Trotzdem Klein also fünf Monate vorher durch das Oberbergamt genau aufgelistet worden war, beschwore er nach dem Bericht des „Bergknappen“ jenach das genaue Gegenteil!!! Klein hat — sofern der Bericht im „Bergknappen“ und in der „Westfälischen Volkszeitung“ auf Wahrheit beruht — einen wissenschaftlichen Meineid geschworen!!! Wir haben wiederholt die Frage gestellt: Hat Klein so geschworen, wie die beiden Zeitungsbücher berichten? Auf diese Frage haben wir bis heute noch keine klare Antwort erhalten, müssen Sie deshalb erneut stellen. Eine „christliche“ Kleinstenkonferenz hat in einer Resolution niedergelegt, daß Klein dasjenige beschworen hätte, was alle „christlichen“ Kleinsten empfanden. Auf diese Resolution hin haben wir die „christlichen“ Kleinsten auf die Eidesform aufmerksam gemacht, wonach Klein nach bestem Wissen und Gewissen die reine Wahrheit zu sagen, nichts zu verschweigen und nichts hinzuzusagen hatte, so wahr ihm Gott helfe! Keine Empfindungen, sondern die Wahrheit mußte er sagen, während er nach dem Bericht der Zentrumspresse die gläserne und bewußte Unwahrheit geschworen hat!!! Der „Bergknappe“ hat in derselben Nummer 9 alle die unwochen Angriffe und Verleumdungen gegen unsere Vorstandskräfte von neuem aufrecht erhalten, obwohl durch das Zeugnis des Herren Dr. Weidmann die sämtlichen Verleumdungen als unwahr widerlegt waren und der Vorsitzende in der Urteilsbegründung ausdrücklich betonte, daß sämtliche materiellen Angaben des unter Anklage stehenden Artikels unwahr seien, die beiden Medailleure im höchsten Grade leichtfertig gehandelt hätten. Trotz dieses Ergebnisses am Gericht betrieb der „Bergknappe“ seine Verleumdungen weiter und die „christlichen“ Kleinsten Klein und Goede wiederholten all die erlogten Anklagungen in den Versammlungen aufs neue. Der „Bergknappe“ sollte lieber, anstatt weiter Einigkeitssprüche zu dreschen und in Arbeitsgemeinschaft zu heucheln, unseren Kleinsten die so infam getriebene und beschämte Ehre wiedergeben, sollte offen befehlen, daß er gegen unsere Kleinsten ein schweres Unrecht begangen hat und auf unsere Fragen eine bestimmte, unzweideutige Antwort geben.

Über glauben etwa die „Christen“, daß sie unsere Kleinsten möglicherweise verleumden, selbst vor einem Meineid — immer vorausgesetzt, daß der Bericht in Nr. 9 des „Bergknappen“ auf Wahrheit beruht — nicht zurückzuhören brauchen, aber trotzdem mit diesen nachher wieder eine Arbeitsgemeinschaft schließen könnten? Glaubt man, unsere Kleinsten hätten keinen Funken von Ehrgefühl mehr im Leibe, seien ebenfalls schon bis zur moralischen Tiefe der Streitbrecher gesunken?

Auf der „christlichen“ Kleinstenkonferenz am 2. Juli 1912 in Gelsenkirchen hat der „christliche“ Generalsekretär Steger als Referent im Namen seines Vorstandes erklärt:

„Auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Gewerkeverein in diesem Frühjahr einen schönen Sieg erzielt, auf dem knappachtlichen Gebiet werden wir ebenso energisch vorgehen.“

Der „schöne Sieg“ auf wirtschaftlichem Gebiet war der größte Streitpunkt, den die Geschichte der Arbeitbewegung kennt, und genau so „energisch“ soll nun auf dem Knappachtgebiet vorgegangen werden. Da kommt die Bergleute und Kinder erleben. Was wissen wir nicht, worin das „energische“ Vorgehen, das wir wohl weshalb wir den „Bergknappen“ erwidern, uns auch denkt? Aufsatz zu geben, wie man auf „christlicher Seite“ den „schönen Sieg“ auf dem Knappachtgebiet heißt.

Gewisse Verhältnisse im niederrhein. Knappachtverein.

Wie der Blick aus heiterem Himmel kommt die Wahrheit, daß für die Bergarbeiter seitens der Grubenbesitzer verschiedene erhebliche Verhältnisse im Knappachtverein geplant sind. In der am 21. August stattgefundenen Vorstandssitzung wurde über eine Anzahl Anträge der Besitzervertreter debattiert, ohne daß dieselben auf der Tagesordnung standen, und hatte man es gewußt, was sich geschen, wenn sie sofort angenommen werden wären. Die Kleinsten verlangten Verhaftung. Da der am 18. September stattfindenden Sitzung soll nun man die als bergmäßig geltenden Arbeiter vor ihrer Abberufung nicht mehr 26 Wochen lang sitzen lassen, dieselben sollen so schnell wie möglich ins Gefängnis werden. Da das Krankengeld bei den meisten Bergleuten bedeutend höher ist als die zu erhaltende Knappachtrente, so bedeutet diese Neuerung eine erhebliche materielle Verhältnissverschiebung für alle älteren Bergarbeiter. Weiter sollen, um die Simulations eingetümme, im Waldenburg und Neudorf Revier zu zwei zusammen vier Bergarbeiter kontrolliert werden, die Kleinsten wöchentlich zweimal in den Revieren aufzutreten und zu kontrollieren, während Krankheit vorliegt oder nicht. Weiter soll der Lazarettszugang

eingeführt werden, der sich in Oberösterreich so ausgezeichnet bewährt habe. Diese Anträge werden von den Werksbesitzern damit begründet, daß die Krankheitsfälle von Jahr zu Jahr steigen und zwar hauptsächlich seit dem 1. Januar 1910, von welchem Tage das Krankengeld von 50 auf 60 Prozent erhöht worden ist. Nach Ansicht der Grubenbesitzer schwindet die Bergarbeiter dem Knappachtverein eine Krankheit vor, obwohl sie gesund sind, um das hohe Krankengeld zu erhalten. Daß man keine schlimmere Bekleidung der gesamten niederrheinischen Bergarbeiterchaft ins Gewicht schleudern kann, sollten auch die Grubenbesitzer verstehen. An diesem Beispiel sieht man wieder, daß es nicht die üblichen Sozialdemokraten, sondern ganz andere Leute sind, die Unruhen in die Reihen der Bergarbeiter rufen. Liberal herrscht Erbitterung über die geplanten Maßnahmen und wird sich diese noch verstetigen, wenn erst die Kontrolleure angestellt sind. Nach der Zahl der Bergarbeiter wird die Tätigkeit dieser Leute eingeschätzt werden und wollen sie nicht ihre Stellung verlieren, sind sie gezwungen, recht viel Meldepflichten zu machen. Der Denunziation wird Tür und Tor geöffnet. Nicht Kleinigkeit wird mit Geldstrafe belegt werden. Und das Resultat? Nicht die wirklich Schuldbaren werden geoffenbart! Daß es Simulanten nicht allein bei den Bergarbeitern, sondern überall gibt, geben auch wir zu, nur behaupten wir, daß die Zahl nicht zugenommen, sondern sich verringert hat. Dazu Leute, die ins Land sind, Verzei zu täuschen, von simplen Kontrolluren enttarnt werden, ist ausgeschlossen. Die 10 000 Ml., die die Gesellschaft pro Jahr kostet, sind hinausgeworfen. Liberal, wo solche Einrichtungen geschaffen wurden, war das Resultat negativ. Erst vor zwei Jahren wurden Kontrollure im Saarbrücker Knappachtverein angestellt, wo man auch vermutete, daß die Bergarbeiter in Beeten der Ernte Krank seien, um zu Hause ihre Landarbeit zu verrichten. Wie irrig diese Ansicht war, zeigt die Steigerung des ausgeschätzten Krankengeldes. Im ersten Halbjahr 1912 wurden 488 308,27 Ml., im ersten Halbjahr 1913 dagegen 540 070,95 Ml. an Krankengeld gezahlt, das ist eine Steigerung von 121 000 Ml. Außerdem handelt es sich weniger um das Simulantenamt, sondern um einen Wertstreit, da man ja in allen Knappachtvereinen dasselbe plant.

Daß die Höhe des Krankengeldes keinelei Einfluß auf die Krankenzahl ausübt, zeigt die Statistik. Westfalen hat die Krankenziffer von 68,36 Prozent im Jahre 1910 auf 67,11 im Jahre 1911 und 73,88 Prozent im Jahre 1912 gestiegen. Dieselben, je noch höhere Steigerungen zeigten sich in früheren Jahren, was folgende Tabelle beweist. Es erkannten in den Bezirken:

	Waldenburg	Neudorf	Westerwald
Jahr	%	%	%
1888	41,04	18,23	41,50
1889	46,41	25,8	48,7
1890	63,6	37,86	60,14
1891	59,05	33,2	61,73
1892	50,0	31,81	60,0
1893	58,7	40,9	70,6
1894	51,0	32,6	72,2
1895	60,0	43,7	64,0
1896	57,0	40,0	69,0
1897	60,1	39,0	78,1
1898	57,5	43,1	61,2
1899	60,0	43,48	84,37
1900	62,84	44,01	70,83
1901	63,22	51,78	84,10
1902	55,23	44,74	72,11
1903	60,66	42,15	85,05
1904	64,80	49,50	70,87
1905	63,08	43,31	78,41
1906	63,01	42,52	75,56
1907	71,20	40,10	70,74

Von 1908 ab sind die drei Bezirke in der Statistik zusammengezogen und stellen sich die Krankenzahl in Prozenten wie folgt:

1908 . . .	66,34
1909 . . .	69,77
1910 . . .	66,96
1911 . . .	67,11
1912 . . .	78,88

Diese Statistik zeigt, daß im Görlicher Revier, wo das Krankengeld am niedrigsten, die Krankenzahl am höchsten, dagegen im Neuröder Revier, wo gegenüber Waldenburg viel Stellenbesitzer Bergarbeit verrichtet, die Krankenziffer am niedrigsten ist. Weiter zeigt die Statistik, daß im Waldenburgschen Revier z. B. 1907 schon 71,20 Prozent Krank vorhanden waren, wo doch noch das niedrige Krankengeld gezahlt wurde. Wenn sich die Krankenziffer fortwährend erhöht, beweist das nur, daß sich die Gefundekrankheiten der Bergarbeiter immer mehr verschlechtern. War vor 20 und mehr Jahren noch das gemütliche Arbeiten Mode, so ist heute die Wöhler, Schuhfertiger und Antreiberei an dessen Stelle getreten. Die Bohr- und Schraubbmaschinen, Schüttelrutschen usw. zerstören das ganze Nervensystem und bringen massenhaft Lungen-, Herz- und Nervenkrankheiten mit sich; sie bewirken, daß selbst ganz junge Bergarbeiter massenhaft in Heilanstalten untergebracht werden müssen; auch wird durch diese Maschinen die Unfallgefahr bedeutend erhöht. Durch das Schlammbaggerverfahren, was große Kräfte verbraucht, sind Gicht- und Rheumatismuskrankheiten an der Tagesordnung. Das Ueberschichtwesen, die Generalspeditionen u. u. wirkt ebenfalls sehr ungünstig auf die Gesundheit ein. Wenn heute viele Bergleute noch wöchentlich zwei bis drei Ueberzüge in Hose und auch über Tage ableisten, wenn weiter viele Bergleute noch täglich 4 bis 6 Stunden außerhalb der Grube auf Nebenarbeit gehen, ist der schlechte Gesundheitszustand verwunderlich? Solche Leute schlafen täglich kaum 5 bis 6 Stunden und dann noch in Einzimmwohnungen, wo an Schlaf und Ruhe nicht zu denken ist. Daß die Bergarbeiter nicht zum Bergmutter Tag und Nacht tätig sind, sondern daß die elenden Verdienste daran die Hauptschuld tragen, sollte jeder wissen. Der Bergarbeiter kann mit seinem heutigen Lohn eben keine Familie ernähren, deshalb auch Mann wie Frau noch allerhand Arbeiten verrichten. Könnte der Bergmann gut und kräftig essen und brauchte er nur der Grubenarbeit nachzugehen, die Krankenziffern würden um die Hälfte fallen.

Daß die Abwanderung großen Einfluß auf die Krankenziffer ausübt, ist ebenfalls Tatsache. Wir behaupten, daß, wenn die Wohnverhältnisse keine besseren werden, die Abwanderung nicht aufhört und der Zugang geändert, fröhlicher Landarbeiter vollends zum Stillstand kommt, die Krankenzahl sich noch mehr erhöhen wird. Schon heute wäre mehr Krankheitsfälle zu verzeichnen, wenn alle Bergarbeiter, die frank sind, auch frank melden. Viele nehmen die Knappacht gar nicht in Anspruch, sondern lassen sich von anderen Arzten behandeln, weil sie zu den Knappachtärzten kein Vertrauen haben.

Die Bergarbeiterkasse kann mit den heutigen Leistungen der Knappacht absolut nicht zufrieden sein. Doch viele Verbesserungen sind nötig, um sie als Wohlfahrteinrichtung betrachten zu können. Das schon aus diesem Grunde jeder Bergmann ein Interesse daran hat, daß die Kräfte nicht unnötig belastet wird, ist klar. Was da helfen kann, ist nicht der Zwang, jeden Kranken sofort ins Lazarett zu sperren oder Kontrolluren anzutreffen, dazu sind andere Mittel nötig.

Was wird gesagt, daß die Arzte oftmals keine gründliche Untersuchung vornehmen, auch sonst die Behandlung nicht einwandfrei ist. Wenn schon die öde Kriegsspielerei herhalten muß, daß Arzte die Spuren ganz einfach auszählen lassen, so ist es kein Wunder, wenn das Vertrauen schwundet. Weiter müssen die Arzte verantworten, wenn die Verbreitung von Medizin nur nach dem Grundzuge zu handeln: Nur das Beste ist gerade gut genug! Man lasse die Bergarbeiter erst ordentlich gefeuert werden und schaue sie nicht häßlich zur Grube zurück, damit nicht wie jetzt viele gezwungen sind, nach drei bis vier Tagen aus dem Krankenhaus zu nehn. Was sonst noch neben der Zahlung höherer Löhne und Befestigung der übermäßigen Alkoholgenuss zu geschehen hat, dazu wird auch der Bergarbeiterverband seine Hand und kann was in seinen Kräften nicht. Solche dann trotzdem noch Kontrolle nötig sein, dann für die Kleinsten die geeigneten Personen dazu, und sollte man sich hüten, die Bergarbeiterkasse ein, daß auf der von ihnen gezeichneten Bahn kein Heil weder für die Bergarbeiter, noch für die Knappacht zu erwarten ist.

Sie deutsches Knappachtvereine mögen im Jahre 1911 — eine neue Vereinbarung, die alle Vereine umfaßt, liegt noch nicht vor — einen so hohen Überzirkus wie nie zuvor. Der Stompa, Organ der Knappachtberufsgenossenschaft, veröffentlicht folgende Übersicht:

1911	Anzahl der Ver- ein- mit- glieder eine Glieder	Betrug der Ge- samteinnahmen Mt.	Betrug der Ausgaben Mt.	Betrug der Vermögen Mt.
				1910
Preußen . . .	65	878 741	114 549 050,-	78 158 282,-
Sachsen . . .	3	34 655	55 656 044,-	33 000 050,21
Bayern . . .	23	18 267	27 890 030,43	9 478 082,85
Württemberg . . .	3	2 463	853 522,94	337 176,60
Großherzogt. Hessen . . .	5	2 743	141 254,-	124 282,-
Herz. Braunschweig . . .	3	4 168	78 244,84	27 350 074,05
" S. Meiningen . . .	1	65	13 650,50	14 791,62
Altenburg . . .	1	4 617		

zu denken geben. Es ist dies die markanteste gewerkschaftliche Brunnenvorstellung, die je zur Anwendung gekommen, bedeutet nichts mehr und nichts weniger als eine Bräorie auf Fahnenstift. Die Folge davon wird neben andern auch die sein, daß der „Zusatz“ auf der einen durch den „Abflug“ auf der anderen Seite wieder dreifach vermehrt wird, und nur außergewöhnlich dürfte das Neutraduzierer „Christenheit“ sich davon überzeugen können, daß es wieder mit unangemessenen Mitteln am unangestiegenen Objekt operiert hat, die das Absterben des nun einmal sterben „christlichen“ Gewerkschaftsbürgers nur noch beschleunigen müssen. Aber — In der Not fristet selbst der Teufel Fliegen.

Aus dem Lager der päpstlich nicht mehr Geduldeten.

Nieder mit dem Interkonfessionismus und der Wartburg!

Die neueste Kundgebung Roms gegen die „christlichen“ Gewerkschaften.

Im neuesten Heft der leitenden Jesuitenzeitschrift „La Civiltà Cattolica“ in Rom (Nr. 1818 vom 20. September, Jahrgang 84 für das Jahr 1913 n. Chr., Band 8) findet sich eine Mischung der Redaktion zum Artikel „Der Friede von Mexiko“, worin der bischöfliche anonyme Korrespondent für deutsche Politik (der Abgeordnete Matthias Grzberger, vor dem Schulamtshelfer von Leutenshausen) preisgegeben und die großartige Kundgebung des 10. Katholikentages in Mexiko gegen die „Interkonfessionnalität“ der „christlichen“ Gewerkschaften (die in Wahrheit kaum etwas über die 80 000 Protestanten zählen dürften) als das nicht genug zu breitende Verbreit des Vorstehenden Kürten Ludwig Alois von Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ins rechte Licht gerückt wird. Es heißt darin: „Der Präsident Ludwig Alois von Löwenstein dankt unter dem ohrenbetäubenden Zustimmungsjubel von vielen tausend Zuhörern dem Heiligen Vater Pius X. für seinen Zug apostolischer Weisheit, die aus der Enzyklika „Singulari quodam“ her vorleuchtet. Wer heute noch nicht merken sollte, daß jene päpstliche Lehre „Singulari“ ein Segen für uns ist, könnte das aus den vorangegangenen Erfahrungen folgern. Wir danken dir, o heiligster Vater, für jene apostolische Lehre und für den Mut, daß du jenes Wort gesagt hast, zur rechten Stunde gesagt hast, und wir alle wollen gehorsam folgen!“ Diese Worte kindlicher Danckbarkeit und Unterwerfung unter den Willen des Heiligen Vaters verdienen die allgemeine Anerkennung. Die deutschen Katholiken sind in unmaßelbarer und unerschütterlicher Treue dem Papst ergeben.“

Gegen diese heilige Lösung der Gesellschaft Jesu kommen die quertriebenden Bachemiten mit ihren Schülern Giesberts, Steigerwald, Eifert, Schiffer und dem Reformierprotestanten Franz Behrens nicht auf.

Die angesehenste Zeitschrift des allmächtigen Jesuitenordens lädt den wahrhaft schrecken Thron der wenigen (das heißt des Kölner Generalstaats der Zentrumspartei), welche dulden, daß der Interkonfessionalismus überall eindringen will, der gefährliche und verderbliche Interkonfessionismus, der als lästige und heimtückische Fezerei aus den Nachlässigkeiten einiger Nutzen zu ziehen verucht und der an der Wissenschaft und des Klerus zunehme werden wird.

Solang die „Christenführer“ nicht offen vor allem Volk sich förmlich der Klerikalt unterwerfen und die wenigen Protestanten abstoßen, gibt es keinen Frieden von Mexico. — Die „Kölner Richtung“ der Bachemiten wird im Bataillon mit dem höchsten Misstrauen verfolgt und von den leitenden Geistlern des Jesuitenordens in Verzug getan. Die balancierstänglerische Diplomatie gewisser „Christenführer“ wird offen als verderbliche Fezerei bekämpft. Das bedeutet den Anfang vom Ende der interkonfessionellen Gewerkschaften.

Um der Rechte Roms.

Weil wir die uns absolut glaubwürdigen Mitteilungen der „Wartburg“ und des „Janus“ abgedruckt haben, wonach die „katholischen“ Führer des „christlichen“ Streitbrüdergewerkschaften sich der päpstlichen Enzyklika „Singulari quodam“ unterworfen hätten, sollen wir diese „katholiken“ sogar wider besseres Wissen beleidigt haben, weshalb wir demnächst vor der hohen Göttin Themis erscheinen müssen. Zweifellos eine schwere Beleidigung der „katholiken“ dieser Sorte, ihnen nachzufolgen, sie hätten oder wollten sich den päpstlichen Anweisungen unterwerfen, nur gibt es immer noch Menschen, sogar Katholiken, die es trotz Klageerhebung des „allerchristlichen“ Gesamtverbandsfabrikatengeneralstabschalls immer noch behaupten und — nicht verklagt werden. Die „Kölner Korrespondenz“, herausgegeben von dem katholischen Priester Dr. Kaufmann, schreibt in ihrer Nummer vom 16. September dazu:

„Es wäre ja geradezu eine Beleidigung für diese stichtreuen Männer (die Bischöfe), wenn man annnehmen wollte, daß sie zuhing zwischen könnten, wie die Weisungen des hl. Vaters von deutschen Katholiken in ihr Gegenteil umgedeutet würden. Bischöfe, Priester, angehende katholische Laien-Katholiken führen — sollten bestrebungen, welche anscheinend die Autorität der Kirche untergraben, durch Schweigen begünstigen oder gar fördern und empfehlen? Niemals! Wie zweifeln keinen Augenblick daran, daß alle diese Instanzen ihren ganzen Einfluß gegen ein so frevelhaftes Unterfangen, welches auf eine Untergrabung der kirchlichen Autorität hinzuweist, geltend machen würden. Eben darum sind wir überzeugt, daß diese Instanzen ganz bestimmt bindende Erklärungen seitens der Führer der christlichen Gewerkschaften in Händen haben, mit welchen sie zustreiten sein können.“

Was will es dann demgegenüber besagen, wenn gelegentlich noch außen diese oder jene Neuerzung fällt, oder hin und wieder ein mißverständlich Artikel geschrieben wird, wonach die christlichen Gewerkschaften bezw. deren katholische Mitglieder (die die immense Majorität der Mitgliedschaft ausmachen) sich an die Enzyklika überhaupt nicht zu rütteln hätten? Man darf darüber Neuerungen nicht zu ernst nehmen. In Deutschland, dem kirchlichen Ausnahmeland, wie sich ein österreichischer Politiker ausdrückte, muß man eben mit tollischen Notwendigkeiten rechnen, die man in rein katholischen Ländern nicht kennt.“

Dessentliche Bergarbeiter-Versammlungen

Sonntag, den 28. September 1913:
Lünen-Süd. Vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Haas (früher Biedebach). Was geht im deutschen Bergbau vor. Der zur Stelle Kameraden, erfreut zahlreich in diesen Versammlungen!

Die Komödie im Saargebiet

Von Johann Lampert.
Für Mitglieder des Bergarbeiterverbands 30 Pf. im Buch 10 Pf.

Reichsversicherungsordnung und Knappenschaftswesen

Zweite verbesserte Ausgabe
Herausgegeben vom Vorstand des Bergarbeiterverbands
für Mitglieder des Bergarbeiterverbands 10 Pf. im Buch 20 Pf.

An beider durch H. Hansmann & Co.

Bahnhofstellen-Weise

Sauerland, Herne-Hengen u. Wellinghofen. Sonntag, den
nachmittags 4 Uhr, im Lokal des Herrn Bödeker, am Markt. Bahnhof-
stellern, bestellt in Düsseldorf, Bielefeld und Gladbeck.

Der katholische Geistliche Dr. Kaufmann zweifelt keinen Augenblick daran, ist sogar fest überzeugt, daß die „christlichen“ Gewerkschaftsführer den Bischöfen gegenüber eine „ganz bestimmt“ und „bindende Erklärung“ abgegeben haben, sich den Anweisungen der Enzyklika unbedingt zu unterwerfen. Auch wir haben das kleinen Augenblick beweisen und mit uns jemand, der nur den kleinen Katholiken kennt, und wir sagen heute noch, daß Dr. Kaufmann, fest davon überzeugt, daß die Unterwerfung in aller Form erfolgt ist.

Die „köhlische Selbstaufopferung der Christenführer“ zu Ehren Roms.

Den glorreichen Sieg der „Berliner“ und die stillschweigende Unterwerfung der interkonfessionellen Gewerkschaften unter den Willen Roms feiert der „Osterbore Nomano“ am 25. August und an den folgenden Tagen mit höhnen Worten: Die Einigkeit in den Meier-Verhältnissen, dieses festliche Einanderlaufen von Willensmeinungen, diese bedingungslose Unterwerfung unter das Oberhaupt der katholischen Kirche konnte nur durch das Opfer nicht geringer persönlicher Anschauungen ersehnt werden. Auerkundung und Lob diesem Geist der Disziplin, der allein der wahre Sieger auf dem Katholikentag von Mexiko heißt... Die Katharer (d. h. die Sieger) taten Buße und beschritten die deutschen Arbeiterschäfer nach läblicher Aufopferung ihrer persönlichen Sonderwünsche, Sonderworte und Sonderideen den Heilsweg nach Rom...

Unter den bisherigen „Köhern“ versteht das Sprachrohr der römischen Kirche die Schriftgelehrten des Weltbaues J. P. Bachem, die politischen Führer der „Kölner Richtung“ und die katholischen Gewerkschaftsführer Giesberts und Vogelsang, Schiffer und Imbusch. Rom triumphiert über die „Selbstaufopferung der christlichen Gewerkschaftsführer“ als „gute Katholiken“. Gleichzeitig sorgte aber auch der Renommierprotestant der Zentrumsflügelgruppe, Herr Franz Behrens, doch die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz“ die „Christenführer“ lobte: es werden nämlich die „wenigen Protestanten ohne Einfluß und ohne Anschein“ in den Gewerkschaften der Katholiken ganz in aller Stille unter die Leitung der katholischen Ortsgeistlichkeit gestellt. Das gibt ein lachenjammerliches Schwachsinn!

Die „Christen“ und der Papst.

Ein bemerkenswertes Urteil über den Meier Katholikentag findet sich in der reformkatholischen Wochenschrift „Das Neue Jahrhundert“. Dort heißt es:

„Die Katholikentage haben sich überlebt; man lasse die Toten ihre Toten begraben... Was die Gewerkschaftsfrage und ihr Schicksal auf der Meier Veranstaltung betrifft, haben wir Recht behalten mit unserer Propheteiung, daß man eine öffentliche Auseinandersetzung nicht erwarten dürfe. Immerhin hat Bischof Korum deutlich genug gesprochen. Auch die Art und Weise, wie der Präsident die päpstliche Enzyklika interpretierte, zeigt, daß die „Kölner“ nicht mehr ausschließlich die Herren und Tonangeber bei dem Parabedatholizismus sind. Der Streit wird weitergehen. Über dem politischen Machthunger der „Kölner“ Führer ist eine Klärung der inneren Krise nach der Seite eines manhaften, vom in diesen nicht religiösen Fragen einfach den Gehorsam verweigenden Geradeausgeheng nicht zu erwarten. Die Drückergerie dieser Kreise wird weiter nach Kompromissen suchen — so lange es den Arbeitern nicht zu dummkriegt wird. Sie haben nämlich das Leisetreten der Gladbach-Führer und der Bachem-Presse längst satt. Wenn man an der Ruhr in Kreisen der christlichen Gewerkschaften jetzt schon singt:“

Was schert uns „Merum novorum“,

Wir pfeifen auf Kopp und Korum, so kann die Zeit bald erfüllt sein, wo man des Rücksichtnehmens wirklich satt ist und dann in aller Form auf Enzykliken über sozial-politische Organisationsfragen pfeift.“

„Merum novorum“ sind die Ansprünge der Arbeiter-Enzyklika Leo XIII., auf die sich Pius X. in seiner Gewerkschafts-Enzyklika vom letzten Herbst stützt. Wenn daraus der Singsang der antipäpstlichen „christlichen“ „Merum novorum“ macht, so ist das allerdings ein ganz miserables Latein. Aber das Deutsch ist dafür um so besser!

Verbotzte Christenköpfe.

In einer der letzten Nummern der mit päpstlicher Approbation in Trier erscheinenden „Petrushälfte“ zieht Prästor Holzamer aus Mainz gegen die „schändlichen Verdächtigungen“ der Bachemiten und die „unerhörten Worte“ der „markantesten“ „Christenköpfe“ los, weil diese die Enzyklika des „heiligen“ Vaters als einen Fehlspruch bezeichnen, und schreibt:

„Diese unerträglichen Schimpfwörter, mit denen Gewerkschaftsführer und ähnliche oft der einfachsten Bildung entstehende Leute gegen Bischöfe und selbst gegen den apostolischen Stuhl losziehen durften — was anderes hätte dies alles zum Zweck, als die Katholiken Deutschlands taub und gefühllos zu machen für alles, was nicht von der politischen Partei ausgegangen.“

Und welchem anderen Zweck diente die ungeheuerliche Behandlung, welche der interkonfessionelle Trutz dann der Enzyklika „Singulari“ zuteil werden ließ? Um Deutschlands Katholiken taub und gefühllos zu machen für die klaren Weisungen Pius X., mußte eine Rebellenwaffe von Kommentaren den Sinn der Enzyklika entstellen. Um Deutschlands Katholiken taub und gefühllos zu machen für den ohne Parteidogmaten redenden Papst, mußte die Enzyklika zunächst einer Gewerkschaftssynode unterbreitet werden; und erst, als diese ihr Urteil gefällt war, wie das „Mainzer Journal“ und ähnliche Blätter ihre Leiter belehrten, die vom Papst behandelte Frage geklärt. Nicht der Papst, sondern die politischen und sozialpolitischen Tagesgeschäfte geben die Entscheidung.“

Der geistliche Herr ruft schließlich aus:

„Das ist das Recht, die Wahrheit, die Freiheit, wie sie in den Christenköpfen nicht zu rütteln hätten? Man darf darüber Neuerungen nicht zu ernst nehmen. In Deutschland, dem kirchlichen Ausnahmeland, wie sich ein österreichischer Politiker ausdrückte, muß man eben mit tollischen Notwendigkeiten rechnen, die man in rein katholischen Ländern nicht kennt.“

Briefkästen.

A. A., Medingenhof. Katholische Geistliche dürfen nicht heiraten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Zugang fernhalten!

In Nr. 222 vom 21. September d. J. bringt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ eine Notiz, in der es heißt, daß „die Arbeiter der Gewerkschaft Freudenthal in Überfällungen in den Streit traten, nachdem die Direktion ihre Lohnforderungen als zu weit gehend abgelehnt hatte“. Letzteres ist nicht zutreffend. Die Verwaltung des Werkes hat jedes Entgegenkommen rüdig abgelehnt, obwohl die Löhne auf Freudenthal einen Tieftstand erreicht haben, wie er sehr selten im Bergbau zu verzeichnen ist.

Verbandsnachrichten.

Gesucht: Wer den Aufenthalt des Bergarbeiters Julius Salbit kennt, wird gebeten dies dem Vorstand mitzuteilen.

Unsere Mitglieder werden erachtet, ihre Bücher immer bereit zu halten, damit beim Entlassieren der Beiträge die Beitragsmarken direkt von den Böten ins Buch gelöst werden können. Werden die Marken nicht direkt ins Buch gelöst, so kommt es öfters vor, daß dann die bezahlten Marken verloren gehen. Dadurch erleiden die Mitglieder Schaden, weil verlorene bezahlte Marken nicht ersetzt werden. Wir ersuchen dies zu beachten.

Lokalbeitrag.

In sämtlichen Zahlstellen der Bezirke Essen-Ost und Essen-West wird vom 1. Oktober ab ein Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche und Mitglied erhoben.

Sämtliche Zahlstellen des Bezirks Recklinghausen erheben vom 1. November ab einen Lokalbeitrag von 5 Pf. pro Woche.

Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Lokalbeitrag zu zahlen.

Rechtschutz betreffend.

Arbeitssekretariat Gelsenkirchen. Die Sprechstunden in Wattenscheid und Wanne fallen in der Zeit vom 21. September bis 18. Oktober aus.

Datteln. Von jetzt ab wird jeden Donnerstag, nachmittags von 2—6 Uhr, im Lokal des Herrn Wermers (früher Hotel Meier) Rechtschutz erfordert.

Gladbeck. Das Rechtschutzbureau bleibt vom 22. September bis 22. Oktober jeden Freitag und jeden Sonnabend geschlossen. Die Mitglieder wollen das bitte beachten, damit sie keine unnötigen Wege zu machen brauchen.

Lünen. Das Arbeitssekretariat wird von der Münsterstraße 70 nach Arnsdorfstraße 8 in kurzer Zeit verlegt. Die Sprechstunden finden vormittags von 9—11 Uhr und nachmittags von 5—7 Uhr statt. Wir bitten dies zu beachten.

Adressenänderungen.

Bezirk Oberschlesien. Das Bezirksbüro befindet sich vom 1. Oktober ab Sophienstraße 2, putterre. Die Sophienstraße zweigt von der Beatestraße direkt an der Bahn rechts ab.

Hörsternberg. Der Vertrauensmann Kamerad Kamm wohnt vom 1. Oktober ab Poststraße 10.

Katernberg. Der Vertrauensmann Kamerad Joswig wohnt jetzt Johannstraße 18.

Mark. Die Geschäfte des Verbandes führt von nun an Kamerad Friedrich Steinrich in Werris, Böselerstraße 11.

Bibliotheken.

Steele. Bis eins Neuregelung bleibt die Bibliothek in der Zeit vom 22. September bis 12. Oktober geschlossen. Die entliehenen Bücher müssen bis zum 28. September abgegeben werden.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Bürobüro unnötige Wege erparat bleiben:

Brambauer I. Im Oktober.

Ende. Ende September. Die Bücher werden vom Bezirksleiter eingezogen.

Hacheney. Vom 1. bis 15. Oktober.

Kamen II. Vom 15. September bis 1. November.

Overhausen I. Vom 20. bis 30. September.

Schlesiengrube. Ende September.

Trebnitz. Anfang Oktober.

Werne a. d. Lippe. Ende September.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden:

Bommern. Jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags, beim Kameraden Fischer.

Kamen II. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat beim Kassierer.

Mark. Jeden Sonntag nach dem 8. und 25. des Monats, vormittags, im Lokal des Herrn Berthold.

Schlesiengrube. Unterstützungen werden beim Kameraden Joh. Gieslitz, Beuthener Straße 8, ausgezahlt.

Tollwig. Jeden Sonntag, mittags von 12—2 Uhr, in der Wohnung des Vertrauensmanns.